

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumeration: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,00 Mk., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,50 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit täglich.

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 27. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz.

Von Heinrich Cunow.

Die Wirtschaftskonferenz der Ententemächte, die vom 14. bis 17. Juni in Paris stattgefunden hat, ist zwar vom französischen Ministerpräsidenten Briand mit der ihm eigenen Renommisterei als „Veranstaltung zur wirtschaftlichen Befreiung der Welt“ bezeichnet worden, in Wirklichkeit ist sie jedoch, wie die vor einigen Tagen amtlich veröffentlichten Konferenzbeschlüsse zeigen, nicht mehr als eine Art Demonstrationenkonferenz, dazu bestimmt, den in Deutschland und Österreich-Ungarn hervorgetretenen Bestrebungen einer gegenseitigen engeren wirtschaftlichen Annäherung entgegenzuwirken und in anglistischen Gemütern die Furcht zu steigern, ein Zoll- und Handelsbündnis zwischen den Mittelmächten werde von den Vierverbandsstaaten sofort mit einem das ganze mitteleuropäische Wirtschaftsleben lahmlegenden Zolltarif beantwortet werden. Was der Woffenkampf und die Blockade bisher nicht vermochten, das werde also künftig der Kampf mit Zolltarifen, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen fertig bringen. In der französischen Presse ist denn auch heute von einer „wirtschaftlichen Befreiung der Welt“ oder von einer „wirtschaftlichen Vernichtung der Zentralmächte“ kaum mehr die Rede. Es wird nur noch von einer „Verteidigungsgruppierung“ gegen den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock, von einer „Abwehr“ der Zollunion der Mittelmächte oder von Rüstungsmaßnahmen gegen den „deutschen kommerziellen Imperialismus“ gesprochen. Je mehr man sich in den anderthalb Monaten seit der Abhaltung der ersten Pariser interparlamentarischen Handelskonferenz mit dem Problem eines Zoll- und Handelsbündnisses der Vierverbandsstaaten beschäftigt hat, desto mehr hat man eingesehen — soweit man in der heutigen nervösen Aufgeregtheit überhaupt vernünftigen Erwägungen zugänglich ist —, daß zwischen den Vierverbandsstaaten noch ungleich größere wirtschaftliche Interessendifferenzen bestehen, als zwischen den Mittelmächten, und daß daher, wenn es diesen schon schwer fallen dürfte, zu einem befriedigenden Ausgleich zu kommen, ein solcher zwischen den Vierverbandsstaaten fast als ausgeschlossen gelten muß.

Bezeichnenderweise ist sowohl in der über die Konferenzbeschlüsse veröffentlichten amtlichen Note, wie in den von der Pariser Presse dazu gelieferten Erläuterungen von der Ausrichtung einer unübersteigbaren Zollmauer gegen das Wirtschaftsgebiet der Mittelmächte, von Erstickung und Erdrosselung des deutschen Handelsimperialismus keine Rede mehr, wenigstens nicht mehr in den ernst zu nehmenden Blättern. Man ist wie in anderen Dingen auch in seinen handelspolitischen Vernichtungsplänen beträchtlich bescheidener geworden, und man wird voraussichtlich in Paris wie in London noch viel bescheidener werden, wenn die Zollkriegs- und Zollbündnisfragen aus dem luftigen Gebiet der unbestimmten Projektensmacherie herausreten und man dazu gelangt, bei den einzelnen in Aussicht genommenen Maßnahmen das Für und Wider wirtschaftspolitisch genau abzuwägen.

Ein eigentliches Interesse beanspruchen nur die Maßnahmen, die die Vertreter der Ententemächte in Paris für die Kriegszeit vereinbart haben; denn was nach dem Friedensschluß geschehen wird, hängt wesentlich von dem Ausfall des Krieges ab. Es dürfte kaum ein Friede geschlossen werden, in dem nicht auch bezüglich der gegenseitigen Handelsverhältnisse nach dem Kriege allerlei Abmachungen getroffen werden. Dadurch werden ganz von selbst die meisten schönen Zukunftspläne der Pariser Konferenz hinfällig. Zudem aber hat bezüglich dieser späteren Zeit die Konferenz gar keine festen Bindungen vorgenommen, sondern gewissermaßen nur vorläufige programmatische „Empfehlungen“ ausgebrütet, für die erst die Zustimmung der verschiedenen Regierungen und Parlamente eingeholt werden muß.

Die von der Wirtschaftskonferenz für die Kriegszeit festgesetzten Maßnahmen bestimmen nach amtlicher Mitteilung, daß die verbündeten Mächte allen ihren Staatsangehörigen und in ihrem Staatsgebiet befindlichen Personen den Handel verbieten mit:

1. den Einwohnern der feindlichen Länder, gleichgültig, welcher Staatsangehörigkeit sie sind,
2. mit den feindlichen Staatsangehörigen, gleichgültig, wo sie ihren Wohnsitz haben,
3. mit Einzelpersonen, Gesellschaften, Handelshäusern, die dem Einfluß des Feindes unterworfen sind.

Außerdem sollen die Verbündeten allen aus den Ländern des Feindes stammenden Waren den Eintritt in ihr Gebiet untersagen und ferner die bereits gegen die Lebensmittelversorgung des Feindes getroffenen Maßnahmen durch Vereinheitlichung der Bannwarelisten und entsprechende Anordnungen vervollständigen.

Im ganzen bedeuten diese Beschlüsse keine wesentliche Verschärfung der bisher schon von der Entente den Mittelmächten gegenüber befolgten Blockade- und Absperrungspolitik. Soweit sie mit der angedrohten Strenge zur Durchführung gelangen, werden sie weit weniger dazu dienen, die Ausbeutung Deutschlands und Österreich-Ungarns zu beschleunigen, als vielmehr bestimmten neutralen Ländern, vor allem Holland, Dänemark, Schweden und der Schweiz, weitere Sicherheiten zu machen und ihren Außenhandel noch mehr zu tyrannisieren. Vor allem wird dann solche Folge eintreten,

wenn, wie einige französische und englische Blätter behaupten, zwischen den Vertretern der Vierverbandsmächte außerdem noch vereinbart worden sein sollte, die Einrichtung der „Einfuhrtrutz“ auch auf jene neutralen Länder auszudehnen, die bisher davon noch verschont geblieben sind, und wenn ferner die englischen Banken angehalten werden, künftighin keinerlei Aktien solcher Kreditinstitute neutraler Länder mehr zu lombardieren, die sich mittelbar oder unmittelbar an der Finanzierung von Geschäftsfirmen in feindlichen Staaten beteiligen.

In den neutralen Staaten erkennt man denn auch sehr wohl, welche Gefahr für ihr ohnehin durch den Krieg hart mitgenommenes Wirtschaftsleben die nach Briands Versicherung der „wirtschaftlichen Befreiung der Welt“ dienenden Pariser Konferenzbeschlüsse bedeuten. Selbst die schweizerischen und dänischen Blätter, die sonst für die Entente schwärmen, schlagen einen recht scharfen Ton gegen die in Paris beschlossenen Maßnahmen an, während die deutschfreundlichen Blätter einen vereinigten Widerstand der Neutralen gegen die ihnen zugeordnete Behandlung empfehlen. So bezeichnen zum Beispiel die „Neuen Zürcher Nachrichten“ die Beschlüsse der Pariser Konferenz als ein Attentat auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Neutralen und als einen Versuch, sie in ein wirtschaftliches Vasallentum zum Vierverbände zu bringen. Die Pariser Beschlüsse eröffnen für die Schweiz unheilvolle erdrückende Perspektiven. Der Bundesrat sollte, meint dieses Blatt, alle anderen Neutralen um sich sammeln und gemeinsam mit ihnen einen gebarnigten Protest beschließen: „Gatten wir in der Schweiz schon bisher allen Grund, den Himmel zu bitten, daß er den Zentralmächten den entscheidenden Sieg verleihe, so jetzt doppelt und dreifach; denn nun geht es auch an unseren Hals. Glücklicherweise ist an diesem Siege nicht zu zweifeln. Im Bundespalais heißt es jetzt, eine klare und entschiedene Haltung beobachten. Die Schweiz darf und soll sich nicht auf die Arme zwingen lassen. Der Teufel hole den, der ihr das zumutet!“

Diesen für die Kriegszeit beschlossenen Maßnahmen gegenüber haben die schönen Handels- und Zollkriegspläne, die in der Zeit nach dem Kriege zur Ausführung gelangen sollen, recht wenig reale Bedeutung; denn über ihre Ausführbarkeit entscheidet, wie schon gesagt, nicht das Belieben der Vierverbandsmächte, sondern der Verlauf des Krieges und die wirtschaftliche Lage, die nach Friedensschluß in den kriegführenden Staaten vorhanden sein wird. Werden schon im allgemeinen politische Suppen selten so heiß ausgelöffelt, wie sie auf den Tisch gebracht werden, so in diesem besonderen Fall erst recht nicht. Immerhin ist es recht interessant, zu vernehmen, wie man sich in den Regierungskreisen der Entente die wirtschaftliche Niederzwingung Deutschlands denkt. Es sollen nach dem Kriege alle Handelsverträge zwischen den Entente- und Mittelmächten für null und nichtig erklärt und letzteren alle Begünstigungsklauseln (wie z. B. die Meistbegünstigungsklausel) verweigert werden, dagegen sollen die Vierverbandsmächte sich gegenseitig Vorzugs- und Ausgleichsölle zusichern. Ferner sollen sie sich gegenseitig den Nutzen ihrer natürlichen Hilfsquellen verbürgen, d. h. die Ausfuhr bestimmter in ihren Gebieten gewonnener Rohmaterialien nach den mitteleuropäischen Ländern verbinden und gegen den deutschen und österreichischen Handelsverkehr zeitweilig besondere prohibitive Spezialnormen aufstellen, die sie aus jeder „Abhängigkeit von den feindlichen Ländern“ freimachen. Außerdem sollen solche Gesetze und Verfügungen erlassen werden, die den Staatsangehörigen der Mittelmächte verbieten, in den Gebieten des Vierverbandes bestimmte Industrien zu betreiben.

Wie man sieht: ein recht schönes Programm. Nur fehlt die Möglichkeit der Durchführung; denn in einem durch derartige Maßnahmen herausgeschworenen Zollkrieg würden Belgien, Frankreich, Italien, Rußland noch weit mehr leiden, als die Mittelmächte — vornehmlich was Italien anbelangt, das vor dem Kriege ungefähr 23 Proz. seiner ganzen Ausfuhr nach Deutschland und Österreich-Ungarn lieferte und aus diesen Ländern 26 Proz. seines Gesamtimportes bezog, das zudem keine nennenswerten Kohlen-, Eisen-, Stahlwaren- und Maschinenindustrie besitzt. Und ebenso Rußland, dessen Agrarwirtschaft auf den deutschen Markt angewiesen ist und dem der englische Markt um so weniger einen Ersatz zu bieten vermag, wenn England mit seinen Kolonien zu einer Art Reichszollunion gelangt und gezwungen wird, die Einfuhr von Bodenprodukten seiner Kolonien zu bevorzugen.

In den Kreisen der Sachverständigen und großen Wirtschaftsinteressenten der Vierverbandsstaaten regt sich denn auch bereits der schärfste Widerpruch gegen die schönen Zollkriegsprojekte. So heißt es in einer jüngst veröffentlichten, an die französische Regierung weitergegebenen Resolution der „Association nationale d'expansion économique“: „Die Assoziation stellt mit Bedauern und Unruhe fest, daß die öffentliche Meinung Englands, durch lebhaftes Prekvolleminen erregt, sich mindestens zu einem großen Teile protektionistischen Tendenzen zuzuwenden scheint. Sie hält es für dringend notwendig, im Hinblick auf die unionistische These in England, die Wünsche Frankreichs geltend zu machen und nachzuweisen, daß, wenn unsere Opfer im gemeinsamen Kampf uns besondere Rechte geben, das Interesse Englands erheischt, nicht vor den französischen Produkten eine Schranke aufzu-

richten, die es mit sich bringen könnte, daß jene Produkte wohlwollenderen Kommissionären zugeführt werden.“

Selbst in England, das insofern noch am wenigsten unter einem Zollkrieg leiden würde, als dieser Frankreich, Belgien und Italien ökonomisch völlig von England abhängig machen und in einen Zustand des wirtschaftlichen Gelotentums herabdrücken würde, finden die Beschlüsse und Vorschläge der Pariser Wirtschaftskonferenz sehr geteilte Aufnahme. Während die schutzöllnerischen Blätter, die nichts lieber als eine Wiederaufnahme der Chamberlainschen Schutzollagitatorien sehen würden, wie z. B. die „Times“, „Daily Mail“, „Morning Post“, „Daily Telegraph“, der Konferenz Weisfall spenden, legen die freihändlerischen Blätter, darunter vornehmlich die „Daily News“, „Daily Chronicle“, „Manchester Guardian“ und selbst die offiziöse Wetterfahne der Asquith und Grey, die „Westminster Gazette“, mehr oder minder scharfe Verwahrungen gegen die Pariser Zollkriegspläne und die Schutzollpropaganda des australischen Premierministers Hughes ein, von dessen Hölle die „Nation“ meinte, sie trügen allzu deutlich den „journalistischen Stempel der Seichtheit und der flüssigen Phrasen“.

Damit ist nicht gesagt, daß nicht nach dem Kriege die Vierverbandsmächte sich allerlei gegenseitige handelspolitische Bevorzugungen und Begünstigungen zugestehen werden, wie denn voraussichtlich überhaupt das sogenannte Reziprozitätssystem eine weit größere Ausdehnung erlangen wird; und noch weniger erscheint es als ausgeschlossen, daß England mit seinen selbständigen Kolonien zu einem, wenn auch wahrscheinlich nur lockeren Reichszollverband kommt, aber die Zollkriegs- und Boykottpläne der Pariser Wirtschaftskonferenz haben recht geringe Aussicht auf Verwirklichung. Frankreich, Belgien, Italien würden sich selbst am schwersten schädigen; denn noch gilt, was vor einigen Tagen das „Echo de Paris“ schrieb: „Nur durch unsere Arbeit und unsere Organisationen werden wir den Deutschen die Stirne bieten, und keine wirtschaftliche Mauer wird uns dessen entheben. Selbst beschnitten kann ein Baum eine Mauer sprengen. Dies Gefühl hindert uns, das Nachkriegsprogramm der Konferenz ohne Hintergedanken anzunehmen. Was wird daraus, wenn es dem Parlament vorgelegt wird? Machen wir uns keine Illusionen: unsere Übereinkünfte werden soviel wert sein, als unsere Gesetze und unsere Regierungsmethoden wert sein werden.“

Wir sind mit dem Genossen Cunow darin einig, daß nur das Wenigste der Pariser Pläne wirklich ausgeführt werden kann und wird. Aber wir halten es gerade im Interesse einer nach Friedensschluß möglichst raschen und vollständigen Wiederaufnahme uneingeschränkter Handelsbeziehungen zwischen den kriegführenden Staaten für notwendig, daß man auch bei uns in Deutschland die Pläne auf Selbstgenügsamkeit und aggressive Zollbündnisse mit Österreich-Ungarn möglichst nüchtern auf alle ihre Belangen hin beurteilt. Um so schwerer wird es dann den Hochschutzzöllnern im Auslande werden, Stimmung für ihre eigenen Forderungen zu machen.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Friedensbewegung in England.

Die Anzeichen mehren sich, daß die Friedenssehnsucht in England nicht nur weite Kreise der Bevölkerung, sondern auch die regierenden Kreise erfaßt hat. Nicht interessant ist, was der Amsterdamer Korrespondent des „Verl. Tageblatts“ über die Sehnsucht nach dem Frieden in England berichtet:

„Diesen Frieden will heute, zu erträglichen Bedingungen und ohne weitere schwerste Opfer an Blut und Gut ein großer Teil des englischen Volkes, des englischen Parlaments und insobedessen — bei der Abhängigkeit dieses wie jedes anderen englischen Kabinetts von der Volksvertretung — selbstverständlich auch ein Teil der Regierungsmänner. Ein anderer großer Teil will diesen Frieden nicht, sondern will die Probe auf den längsten Atem bestehen; bis einer von den beiden nicht weiter kann, auf die Gefahr hin, daß England dieser eine sei. Da die wohlfeileren Vorbeeren einseitigen noch auf der letzteren Seite zu holen sind, tritt diese Gruppe eben mit größerem Geräusch auf und man hört also mehr von ihr. Das Wirken der Friedenspartei muß nichtdestoweniger empfindlich bemerkbar sein, sonst hätte es die Kriegspartei kaum nötig gehabt, sich zu einer angestrengt arbeitenden Sonderorganisation zusammenzuschließen, an deren Spitze der Exjustizminister Sir Edward Carson steht.“

Trotz dieser Gegenbewegung bricht sich die Friedenspropaganda mehr und mehr Bahn, in erster Linie dank der unermüdlichen Friedensarbeit unserer Genossen von der Unabhängigen Arbeiterpartei und der Britischen Sozialistischen Partei, deren Wirksamkeit leider in unbegreiflicher Verblendung und Dünkelhaftigkeit auch von manchen Genossen unserer „Mehrheit“ gekünstlich herabgesetzt und als „bedeutungslos“ hingestellt wird. Ueber die verschiedenen Stufen dieser Propaganda haben wir mehrfach berichtet. Nun bringt die „Vossische Ztg.“ folgendes Telegramm ihres Amsterdamer Korrespondenten vom 23. d. M.:

„Wie mein Gewährsmann aus London berichtet, nimmt die Friedenspropaganda in ganz England immer mehr den Charakter öffentlicher Kundgebungen an. Die unabhängige Arbeiterpartei veranstaltet überall

öffentliche Friedensversammlungen, und fast täglich Umzüge unter starker Beteiligung der Arbeiterbevölkerung. In London sieht man allenthalben große Friedensplakate, die nicht mehr, wie früher, beschmutzt, abgerissen oder verbolten werden, wie überhaupt all diesen Befindungen weder von der Polizei noch von anderen Behörden etwas in den Weg gelegt wird, während früher Verbote, Zusammenkünfte und schwere Strafen an der Tagesordnung waren.

Wenn diese Meldung in allem zutrifft, so legt sie sicherlich auch von einem beginnenden Umschwung in den englischen Regierungskreisen Zeugnis ab. Für diesen Umschwung erscheint uns außerordentlich symptomatisch, was Lord Rosebery, bis vor einigen Jahren Lordkanzler im Kabinett Asquith, in der Nummer des „Economist“ vom 10. d. M. schrieb (wir zitieren nach der „Frankf. Ztg.“):

... Die Sprache etlicher unserer Minister, die bei weniger verantwortlichen Leuten außerhalb der Regierung ihr Echo findet, hat der deutschen Regierung in die Hände gespielt. Diese englischen Erklärungen füllten die deutsche Presse an und wurden überall ausgelesen, um die Entschlossenheit zu stärken.

Sind dies wirklich unsere Ziele? Die „unteren Götter“ haben es gesagt. Sie sollten aber ausdrücklich abgelehnt werden, und zwar in ganz unmißverständlichen Ausdrücken, sonst wird der Charakter des Krieges gründlich geändert. Er wäre nicht länger ein Kräftezug für die Freiheit, sondern ein Eroberungskrieg. Ich glaube nicht, daß nüchtern denkende Männer wie Lord Lansdowne hierüber irgendwelche Illusionen haben können. Was auch unser Ziel sein mag, ich behaupte, daß keine Regierung ein Recht hat, uns im Dunkeln zu lassen. Es kann ja sein, obwohl ich es nicht glaube, daß das Land sagen wird: Wir sind bereit weiterzukämpfen, bis Rußland Konstantinopel und die Provinzen hat, die den Bosporus und die Dardanellen beherrschen; bis Serbien nicht bloß seine eigenen Gebiete wiederbekommt, sondern auch Bosnien und die Herzegowina; bis ganz Polen seine Autonomie unter dem Jaren erhält; bis Italien das Gebiet der Isonzo erlangt; bis Frankreich nicht nur Elsass-Lothringen wiedererlangt, sondern auch noch Teile des rheinischen Deutschland. In diesem Zusammenhang aber kennen wir zwei Punkte nicht. Der eine betrifft die Ausdehnung und die Natur unserer Verpflichtungen gegen unsere Alliierten. Wir sind, wie wir wissen, verpflichtet, keinen Sonderfrieden zu schließen. Das ist etwas anderes als die Verpflichtung, auf bestimmten Friedensbedingungen zu bestehen. Wenn wir im letzteren Sinne festgelegt sind, so daß unsere eigenen Ansichten über das, was richtig ist, uns nicht mehr leiten dürfen, dann wäre es gut, wenn wir uns die Bedeutung der Sache klar machen. Sie könnte bedeuten, daß unser Leben und alles, was wir haben, für Projekte aufs Spiel gesetzt wird, die bis jetzt nicht als der Politik oder den Interessen der englischen Nation verstanden worden haben, Projekte, deren Erreichung, wenn sie überhaupt erreichbar sind, Jahre erfordern und zum Bankrott führen würde. Der andere Punkt, über den wir nichts wissen, ist, ob unsere Regierung glaubt, daß ein solches Ziel überhaupt zu erreichen ist und ob die Kosten dafür irgend geringer sein können als eine so völlige Vernichtung der männlichen Jugend Europas, daß die dünne Kruste von Zivilisation, die seit den dunklen Zeitaltern aufgebaut ist, dabei ganz zerbrechen würde. Sollen wir in Unwissenheit bleiben — denn gleichgültig können wir gar nicht sein — wenn solche Probleme vor uns stehen? Das Unterhaus allein hat die Macht, für die Erteilung einer Auskunft zu erzwängen und, wenn diese gegeben worden ist, eine Politik festzusetzen. Ich erlaube mir keinen Kommentar, stelle aber die Tatsache fest, daß das letzte Haus es im öffentlichen Interesse für besser gehalten hat, selbst in Dunkelheit zu lassen. Ueber die Vergangenheit mache ich keinen Kommentar, für die Zukunft fordere ich ein anderes Verfahren. Das einzige richtige Verfahren aber ist, einem sich selbst regierenden Volke offen klar zu machen, was man von ihm verlangt und welche Aussichten für das Gelingen vorhanden sind. Der andere Weg — uns mit verbundenen Augen zu etwas hingeführen, das ein Abgrund sein kann — wird nicht als Schaden stiften. ... Welches sind unsere Ziele? Welches sind unsere Verpflichtungen? Welches sind unsere Ansichten? Was sind die Ansichten unserer Feinde? Ich glaube, daß mehr als eine neutrale Macht auf die Gelegenheit wartet, ein ehrenvolles Ende des Krieges zu fördern und daß, wenn man solche Mächte von beiden Seiten mit dem gebührenden Vertrauen behandeln wollte, sie auch Erfolg haben würden. Es würde ein sehr ernsthafter Irrtum sein, eine solche Gelegenheit nicht zu benutzen.“

Es ist nicht ohne Interesse, daß der „Labour Leader“ sich kurz vorher in ähnlichem Sinne äußerte und für die Friedensvermittlung Wilsons namentlich unter dem Gesichtspunkte eintrat, daß das englische Volk nicht Rußland zuliebe gedente, den Krieg ohne Ende weiterzuführen.“ Die Stimmung, die aus diesen Worten spricht, ist also nicht allein für die Kriegseindlichen Teile der englischen Arbeiterschaft, sondern auch für einflussreiche Repräsentanten der Regierungskreise kennzeichnend. Deshalb sagen wir mit Lord Rosebery: „Es würde ein sehr ernsthafter Irrtum sein, eine solche Gelegenheit nicht zu benutzen.“

Der französische Tagesbericht.

Paris, 26. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag. Auf dem linken Ufer der Maas wurde ein deutlicher Angriff gegen die Schützengräben auf den Südhängen des „Toten Mannes“ durch unser Feuer zum Stehen gebracht. Auf dem rechten Ufer dauerten die Kämpfe im Laufe der Nacht im Abschnitt des Werkes Blaumont an. Französische Gegenangriffe eroberten einige Grabenabschnitte westlich des Werkes. Die Franzosen erreichten einige Fortschritte im Dorfe Fleury durch Handgranatengriff. In den übrigen Abschnitten dauerte die Bekämpfung ohne Infanteriekampf festig an. In Lothringen wurde eine starke deutsche Erkundungsabteilung im Cheminot-Walde nordöstlich von Mont-aux-Mouffons zerstört. In den Vogesen schickte ein deutscher Versuch gegen unsere Stellungen im Hae-Tale vollständig. Im Laufe der Nacht vom 24. zum 25. warfen deutsche Flieger Bomben auf Lunéville, Vaucouleurs und St. Dié. Der Sachschaden ist wenig bedeutend, doch wurden Kinder verwundet. Hierüber wurde Kenntnis genommen im Hinblick auf Vergeltungsmaßnahmen.

Paris, 26. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Sonntagabend. Auf beiden Ufern der Maas ist es, wie gemeldet wird, zu keiner Infanteriekämpfe während des Tages gekommen. Auf dem linken Ufer herrschte kräftige Artillerietätigkeit in den Gegenden der Höhe 804, am „Toten Mann“ und bei Chataucourt. Auf dem rechten Ufer verdoppelte sich die Heftigkeit des Bombardements von 3 Uhr abends ab in den Abschnitten „Kalte Erde“ und Fleury. Von der übrigen Front ist außer der gewöhnlichen Kanonade kein Ereignis von Bedeutung zu melden.

Wolgischer Bericht: Der Tag verlief auf dem nördlichen Teil unserer Front ruhig. Weiter südlich und besonders in der Gegend von Dignade Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien. Im Abschnitt Steenstraete war der Artilleriekampf und der Kampf mit Schützengrabenmörsern festig.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 26. Juni 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Kampftätigkeit an unserer nach Westen gerichteten Front gegenüber der englischen und dem Nordflügel der französischen Armee war wie an den beiden letzten Tagen bedeutend.

Westlich des „Toten Mannes“ scheiterten nördliche feindliche Vorstöße im Artillerie- und Maschinengewehrfeuer.

Nachts der Maas endete abends ein Angriff sehr starker Kräfte gegen die deutschen Stellungen auf dem Rücken „Kalte Erde“ mit einem völligen Mißerfolg der Franzosen. Sie sind unter großen Verlusten, teilweise nach Handgemenge in unserer Linien, überall zurückgeworfen.

Deutsche Fliegergeschwader griffen englische Lager bei Pas (östlich von Doullens) mit Bomben an.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von teilweise reger Artillerietätigkeit und einigen Gefechten ist vom nördlichen Teil der Front nichts Wesentliches zu berichten.

Seereschutzgruppe des Generals v. Dinsingen. Westlich von Esch und bei Zaturcy dauern heftige für uns erfolgreiche Kämpfe an.

Die Gefangenenzahl ist seit dem 16. Juni auf 61 Offiziere, 11 097 Mann, die Beute auf 2 Geschütze, 54 Maschinengewehre gestiegen.

Die Lage bei der

Armee des Generals Grafen v. Bothmer ist im allgemeinen unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 26. Juni. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bukowina keine besonderen Ereignisse. Auf den Höhen nördlich von Ruty wurden russische Angriffe mit schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen. An der übrigen Front in Galizien verlief der Tag ruhiger. In Wolhynien beschränkte sich die Geschütztätigkeit meist nur auf Artilleriekämpfe. Westlich von Soluk erdärmten deutsche Truppen die erste feindliche Stellung in etwa drei Kilometer Breite und wiesen darin heftige Gegenangriffe ab.

Weiter nördlich ist die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zur Wahrung unserer vollen Freiheit des Handels wurde unsere Front im Angriffsraum zwischen Brenta und Esch stellenweise verläßt. Dies vollzog sich unbemerkt, ungestört und ohne Verluste.

In den Dolomiten, an der Kärntner und an der lästnischen Front dauern die Geschützkämpfe fort.

Zwei unserer Seeflugzeuge belegten die Adriawerte mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkriegsstabes von Doerfer, Feldmarschalleutnant.

Die englische Meldung.

London, 26. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Der Feind versuchte gestern nacht eine Streife von 2000, wurde aber zurückgeschlagen. Unsere Artillerie setzte ihre sehr lebhaftige Tätigkeit heute an der ganzen Front fort. Am heftigsten war das Feuer bei Newville, südlich von Wailly und nördlich der Straße von Ypern-Wenin. Andernorts wurde mit Schützengrabenmörsern gekämpft.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 26. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 26. Juni.

Westfront: Die Artillerie der Deutschen beschloß mehrere Abschnitte der Stellungen bei Riga mit großer Heftigkeit. Eine stärkere deutsche Abteilung versuchte am Westrande des Babits-Sees sich unseren Gräben zu nähern. Sie hatten keinen Erfolg. An der Düna in der Gegend zwischen Jatzostadt und Dünauburg unterhielt die feindliche Artillerie ebenfalls ein heftiges Feuer. Feindliche Flieger warfen Bomben auf den Bahnhof Wolozkany (15 Kilometer) südwestlich Polodoceno. Eines unserer Flugzeuge wurde während eines fähigen Fluges über den feindlichen Linien vom Gegner durch Artilleriefeuer abgeschossen. Unsere verwegenen Flieger, der Hauptmann Wankew und Leutnant Pawlow, gingen, trotzdem sie beide verwundet waren und trotz des anhaltenden feindlichen Feuers bei unseren vorderen Linien nieder.

Am 23. d. M. West südlich Gmin, in der Gegend des Bahnhofs Gartzoroff nahmen wir durch Handreich ein stark ausgebautes Werk, dessen Besatzung heftigen Widerstand leistete. Sie wurde mit dem Bajonett niedergemacht. Wir erbeuteten in dem Werk 2 Geschütze großen Kalibers.

Nördlich des Dorfes Zaturcy wiesen wir durch Gegenangriff den Feind zurück, der, mit Handgranaten überschüttet, schwere Verluste erlitt.

Nördlich Puchomny (10 Kilometer) südöstlich des Fleckens Swiniuchy griff der Feind gestern abend unsere Gräben an. Aber von unserem konzentrischen Feuer empfangen, konnte er nur an wenigen Stellen in unsere von der feindlichen Artillerie zerstörten Gräben eindringen. Der Feind hielt es hier infolge der ständig zunehmenden Verluste nicht aus und trat, auf der ganzen Front angegriffen, den Rückzug an. Wir haben bis jetzt ungefähr 800 unverwundete Gefangene, davon die Hälfte Deutsche, gezählt. 15 Maschinengewehre fielen in unsere Hände. Eine große Zahl von Toten und mit dem Bajonett Verletzten füllen unsere Gräben.

Nördlich Radziwilo, in der Gegend des Dorfes Redlow (21 Kilometer nördlich Radziwilo), griffen unsere Truppen den Feind an und drangen in seine vorderen Gräben ein. In diesem Gefecht wurde der tapfere Regimentskommandeur Oberst Swicischin verwundet. Der Feind setzt hier seinen heftigen Widerstand fort. Er vereinigt das Feuer seiner schweren und leichten Artillerie.

Westlich Eniatyn machten unsere Truppen Fortschritte. Sie besetzten im Laufe des Gefechts die Dörfer Kielichow (18 Kilomet-

meter westlich Eniatyn) und Zablotow (10,5 Kilometer westlich Eniatyn). Am Abend des 23. Juni nahmen wir nach erbittertem Kampf Kimpolung, dabei fingen wir 80 Offiziere, 2000 Mann und erbeuteten 7 Maschinengewehre. Auf dem Bahnhof Kimpolung nahmen wir das rollende Material.

Mit der Einnahme der Orte Kimpolung und Kuty, westlich Wigniz, ist die ganze Bukowina in unserer Hand. Durch den beschleunigten Rückzug des Feindes fielen uns in der Gegend von Jylani (3 Kilometer) nördlich Burgawa 88 leere Waggons und 17 Waggons Mais, sowie einer mit Hafer beladen, in unsere Hände. Eine große Anzahl von Bauhölzern, eine große Menge von Futtervorräten und anderem Kriegsmaterial wurde unsere Beute.

Kaulasus: In der Nacht zum 23. Juni wiesen wir westlich Platana durch unser Feuer einen Angriff der Türken ab. In derselben Nacht vertrieben uns die Türken aus dem Kloster Dspidje (4 Kilometer südlich Djeviczil). Sie wurden jedoch sofort durch unseren Gegenangriff hinausgeworfen.

Sämtliche darauf folgenden Angriffe wurden mit großen Verlusten für den Feind abgeschlagen. Außerdem wiesen wir alle Angriffe der Türken südöstlich Djeviczil ab. Wir machten Gefangene und erbeuteten eine Menge von Waffen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 26. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Sonntag. Zwischen Esch und Brenta gestern immer stärkere Artilleriekämpfe. Unsere Artillerie übte ein wirksames Zerstörungsfeuer aus, besonders im Brandtal, im Posinatal und auf der ganzen Front der Hochfläche von Asiago, vom Canagliatal bis zum Abschnitt des Mandriello westlich von Marcesina. Kleine Infanterieabteilungen der Vorhut näherten sich feindlichen Stellungen und bewirkten dort lebhaftes Zusammenstoßen mit dem Gegner, deren Ausgang überall für uns günstig war. In den Hochtalern des Cordevole und Soite heftige Artilleriekämpfe. Im Pusterale wurden Innichen und Sillian von neuem von unserer schweren Artillerie beschossen. Artillerie- und Infanterietätigkeit an der Quelle des But und an der oberen Bellia. Leopoldskirchen wurde in Brand gesetzt. Am Isonzo setzten unsere Abteilungen ihre kühnen Einbrüche fort, wobei sie dem Gegner Waffen, Munition und einige Gefangene abnahmen. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Tolmezzo, Porto Cusaro, Ponte Piave und auf die Lagune von Grado. Personen wurden nicht verletzt, jedoch wurde einiger Sachschaden angerichtet. Unsere Caproni bombardierten feindliche Lager auf der Hochfläche von Asiago und setzten unbeschädigt zurück.

Cadorna.

Rom, 26. Juni. (W. Z. V.) Die Agenzia Stefani verbreitet die folgende Mitteilung des italienischen Oberkommandos: Da der Feind nicht in der Lage war, unsere Verteidigung zu durchbrechen, diese vielmehr seit einigen Tagen in eine kräftige Gegenoffensive umgewandelt wurde, sahen sich die Oesterreicher gezwungen, den Rückzug anzutreten. Die Straßenkreuzung von Mandriello, die Stellungen am Rastell Comberio und am Melletto, am Monte Longara, Gallo, Asiago, Cesuna und der Monte Cengio wurden von uns zurückerobert. Der Vormarsch dauert kräftig an. Unsere Truppen verfolgen den Feind.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 26. Juni. (W. Z. V.) Der Generalkriegsstab teilt mit: Die Lage auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz ist unverändert. Es kam zu keinen Gefechten zwischen Patrouillen an der ganzen Front. Im Wardarabschnitt das gewöhnliche Artilleriefeuer. Zwischen den Ortshäusern Petka und Palmisch zersprengte unsere Artillerie ein feindliches Bataillon. Feindliche Flugzeuge warfen auf die Felder im Westtale und zwischen Porto Lagos und Lepedzil ohne Erfolg Bomben ab.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 26. Juni. (W. Z. V.) Das Hauptquartier meldet vom 25. Juni:

An der Front nichts von Bedeutung. In Südpersien griffen russische Truppen aller Waffengattungen im Schutze ihrer besetzten Stellungen am 23. Juni unsere Division von Serbil beim Schanzengriffenen Abteilungen an. Der Kampf dauerte bis zum Abend. Die Russen lehnten schließlich unberührter Dinge in ihre Stellungen zurück, nachdem sie beträchtliche Verluste erlitten hatten. Eine überflügelnde russische Kolonne suchte getrennt unsere Truppen in dieser Gegend zu umfassen, wurde aber nach einem Gegenangriff gezwungen, dorthin zurückzukehren, woher sie gekommen war. Unsere südlich dieser Gegend operierenden Truppen näherten sich der Umgebung von Ghilan. Die Russen wichen einem Kampfe aus, räumten die erwähnte Ortschaft, und zogen sich in nordöstlicher Richtung zurück. Im Norden begegneten unsere auf Sineh vormaligierenden Truppen einem russischen Reiterregiment. Sie schlugen es und fügten ihm große Verluste an Toten und Verwundeten zu. Sie näherten sich auf der Verfolgung des Feindes Sineh.

An der Kaulasusfront auf dem rechten Flügel und in der Mitte unbedeutende örtliche Feuerkämpfe. Auf dem linken Flügel nördlich des Tschorok richteten wir die den Russen genommenen Stellungen weiter gegen den Feind her. An anderen Stellen verfolgten unsere Abteilungen alle feindlichen Truppen, die von dieser Front nach der Küste zu fliehen. Sie nahmen die zersprengten Feinde in keinen Truppen gefangen. So nahm eine unserer Aufführungsabteilungen 83 Soldaten vom 19. turkestanischen Regiment gefangen. Am 24. Juni wurde ein Ari Burum überfliegendes Flugzeug durch den Angriff eines ihr entgegengegangenen türkischen Flugzeuges gezwungen, in der Richtung auf Jambros zu fliehen. Ein die Insel Keusten überfliegendes Flugzeug warf wirkungslos auf die Umgebung Bomben ab. Es wurde durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze gezwungen, nach Mytilene zu fliehen.

Somit nichts von Bedeutung.

Geflüchteter deutscher Handelsdampfer in Batavia angekommen.

Amsterdam, 26. Juni. (W. Z. V.) Das „Handelsblad“ entnimmt der „Strait Times“ folgenden Bericht, der von den Militärbehörden in Singapur stammt: Ein Dampfer von ungefähr 4000 Tonnen kam am 14. Mai vor Batavia an und hielt, als er auf der See von Tandjong Prid den Anker fallen ließ, die deutsche Handelsflagge. Es stellte sich heraus, daß die Offiziere Deutsche waren. Der Dampfer war in den Farben der britisch-indischen Dampfschiffahrtsgesellschaft angestrichen und von englischer Geschütze beschützt. Es ist ein deutsches Schiff, das aus irgendeinem fremden Hafen, wo es Inhaft gefangen hatte, geflüchtet war.

Schwedischer Schoner aufgebracht.

Kopenhagen, 26. Juni. (W. Z. B.) „Politiken“ meldet aus Holmstads: Der dänische Schoner „Svanen“, mit Grubenholz von Schweden nach England, wurde vorgestern nachmittags außerhalb Bæveds von zwei deutschen Torpedojägern angehalten. Die Besatzung begab sich an Bord eines Torpedojägers, worauf der Schoner in Brand geschossen wurde. Als die deutschen Kriegsschiffe sich entfernten hatten, bargen schwedische Motorboote den brennenden Schoner. Das Feuer wurde gelöscht und ein Teil der Ladung gerettet.

Kopenhagen, 26. Juni. (W. Z. B.) „Politiken“ meldet aus Holmstads: Ein deutsches Wasserflugzeug hielt vorgestern nachmittags über Hølmølsbucht einen englischen Dampfer an mit der Aufforderung, ihm südwärts zu folgen. Der Kapitän, der wußte, daß er sich auf schwedischem Gebiet befand, verweigerte dies. Im selben Augenblick tauchte ein schwedisches Torpedoboot auf, das den Flieger bedrohte. Sie befanden sich über schwedischem Gebiet, worauf diese südwärts flogen.

Zwei italienische Schiffe versenkt.

Paris, 25. Juni. (W. Z. B.) Meldung der Agence Havas. Am Morgen des 25. Juni wurde der italienische Hilfskreuzer „Citta di Messina“ von einem Unterseeboot im Kanal von Otranto versenkt. Der ihn begleitende Zerstörer „Fouche“ griff das Unterseeboot an, welches verschwand. Bald darauf wurde der Zerstörer „Fouche“ selbst an der gleichen Stelle torpediert und versenkt. Fast die ganze Besatzung wurde gerettet.

Ententevorschläge für Griechenland.

Athen, 25. Juni. (W. Z. B.) Meldung der Agence Havas. Um dringenden Bedürfnissen bis zur Zeit der Wahlen abzuhelfen, hat die Entente darin gekündigt, Griechenland eine neue Zeilsumme der Kasse vorzuschlagen, über die man längst verhandelt hatte.

Nationalistenversammlung in Bukarest.

Bukarest, 25. Juni. (W. Z. B.) Die Nationalisten hielten heute vormittag eine Versammlung, in der in Abwesenheit der Führer Jonecu und Nispecu mehrere Deputierte sprachen. Nach der Versammlung zogen einige hundert Menschen, vornehmlich junge Leute, singend und schreiend zur russischen Gesandtschaft, wo sie Schüsse ausbrachten und sich dann zerstreuten.

Ein offener Brief an Huysmans.

Das Manifest des Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Bureaus vom 1. Mai und die Rede des Sekretärs des Bureaus, Genossen Huysmans, auf dem holländischen Parteitag in Arnheim, beschäftigen andauernd die sozialistische Presse der verschiedenen Länder, zumal die nachfolgenden Ereignisse dem Problem „Haag oder Zimmerwald?“ eine zunehmende Aktualität verliehen haben. Als Beitrag zur Klärung dieses Problems sei nachstehend ein offener Brief des Genossen Friedrich Adler an Camille Huysmans aus der letzten Nummer des „Kampf“, der wissenschaftlichen Monatschrift der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, im Auszug wiedergegeben.

„Sie können sich“, so schreibt Genosse Adler an Huysmans, „mit Recht in Ihrer Arnheimer Rede darauf berufen, daß der Stuttgarter Internationale Kongreß das Prinzip der Landesverteidigung anerkannt habe. Das Prinzip der Landesverteidigung als solches widerspricht auch nicht dem Befehl der Internationale. Verteidigen kann man nur Bestehendes, und wenn die Sozialisten der einzelnen Länder sich wirklich darauf beschränken könnten, ihr bestehendes Land zu verteidigen, so wäre dies allein logisch noch kein Widerspruch gegen ein gleichzeitiges internationales Zusammenwirken für den Frieden. Aber niemand wird leugnen können, daß wir in diesem Kriege gelernt haben, daß die Landesverteidigung pure et simple nur eine theoretische Abstraktion ist. Daß in der Wirklichkeit der Gegenwart dagegen der Kampf für die Existenz des Volkes unlösbar verknüpft ist mit dem Kampf für die Ziele imperialistischer Machtpolitik. Die Internationale wird in Zukunft zu dieser Erkenntnis Stellung nehmen und die Frage entscheiden müssen, ob die Sozialisten wie in diesem Kriege die Abwehr des Imperialismus zu ihrer obersten Aufgabe erheben wollen. Aber ich will hier nicht von dem großen Problem der Zukunft sprechen, sondern von dem viel begrenzteren der gegenwärtigen Lage.“

Der innere Widerspruch in der Internationale tritt darin zutage, daß die Sozialisten nicht nur passiv, gegen ihren Willen, die Instrumente der imperialistischen Machtpolitik geworden sind, sondern daß ihre politische Praxis auch aktiv weit über den Gedanken der Landesverteidigung hinweggeschritten ist. Die Landesverteidigung ist Abwehr, also etwas rein Negatives. Indem die Sozialisten in den einzelnen Ländern die Grenzen des Gebietes des rein Negativen verlassen und positive Kriegsziele aufstellten, mußten sie in Widerspruch gegeneinander geraten. Die wichtigste Konsequenz der Aufstellung positiver Kriegsziele war, daß man sich nicht mehr mit der Abwendung der Niederlage begnügen konnte, sondern die Erringung des Sieges über den Feind fordern mußte. Damit war man aber im wesentlichen Punkt mit den herrschenden Klassen in eine Linie gerückt.

Fast alles, was sonst an „Friedensbedingungen“ von Sozialisten aufgestellt wird, sind nur Vorwände des Siegeswillens, dient nicht dem Frieden, sondern soll im Gegenteil mißbraucht werden zur Fortsetzung des Krieges „bis ans Ende“.

Diese Vorwände hören wir heute stärker von jenseits der Schützengräben, insbesondere von seiten der französischen Sozialisten. Aber wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß sich alles parallel vollzieht, daß die Unterschiede in den Pointierungen nicht national sind, sondern aus der jeweiligen militärischen Lage hervorgehen. Untersuchungen wir daher diese Vorwände des Siegeswillens nicht als Sünden von Franzosen, sondern als Sünden von Sozialisten.

1. Der Krieg muß fortgeführt werden bis zur Befreiung des Territoriums vom Feinde. Der Ursprung dieser These in der Verwechslung des militärischen und politischen Gesichtspunktes liegt offen zutage, und doch hören wir sie immer wiederholen. Die Befreiung des Landes von feindlichen Heeren ist im Sinne des Prinzips der Landesverteidigung selbstverständlich notwendige Bedingung für den Inhalt des Friedensvertrages, aber die Parole, daß jede Invasion vor dem Friedensschluß militärisch rückgängig gemacht sein muß, entspringt nur einer

Mißdeutung jenes Prinzips. Wer die Befreiung des Territoriums als Erfolg im Kriege und nicht als Ergebnis des Friedens fordert, benützt sie bloß als allerdings durchsichtigen Vorwand des Siegeswillens.

2. Der Krieg muß fortgeführt werden bis zur Befreiung des Krieges. Oder, wie so schön gesagt wird, das Ziel ist „das Ende der Kriege überhaupt“. Aber der Krieg wird nicht besiegt durch den Sieg einer der kriegführenden Mächtegruppen. Beide sind imperialistisch, beide gleich weit entfernt, Sachwalter des Pazifismus zu sein. Aus dem Krieg als solchem, aus seinen Schrecknissen entspringt pazifistische Aufklärung, aber den ewigen Frieden kann uns niemals der Sieg kapitalistischer Regierungen, sondern nur der Sieg des Sozialismus bringen. Und ebensowenig wie den ewigen Frieden dürfen wir vom Sieg einer imperialistischen Mächtegruppe eine Verbesserung der Friedensbedingungen erhoffen. Internationale Schiedsgerichte, Einschränkung der Rüstungen, Abschaffung der Geheimdiplomatie sind Forderungen, die wir bei allen Gelegenheiten stellen, nur nicht als Friedensbedingungen im Kriege. Wir wollen den Fortschritt des Friedensgedankens, aber wir sehen in der Fortsetzung des Krieges keine Methode seiner Verwirklichung. Und deshalb haben wir die Aufgabe der Entlarbung des „Pazifismus“ als Vorwand des Siegeswillens.

3. Der Krieg muß fortgesetzt werden bis zur Erringung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker. Aus den besten Traditionen der Demokratie stammt der Gedanke des Krieges für die Befreiung der Völker. Und doch ist auch er heute nichts anderes als ein Vorwand des Siegeswillens. Die wirtschaftliche Entwicklung hat die nationalen Fragen kompliziert. . . . Die Forderung der Vereinigung der Nation wird durchkreuzt von der Forderung der Erhaltung der Wirtschaftsgebiete. Nicht um die einfache Erfüllung eines klaren nationalen Rechtes handelt es sich heute, sondern um im Zeitalter des Kapitalismus unlösbare Probleme. . . . Die Sozialdemokratie, die sich stets mit Stolz die völkerbefreiende nannte, kann ihre Aufgabe nicht erfüllen innerhalb des Kapitalismus durch die Methode des Krieges, sie kann kein Gegenwartsprogramm, kein Kriegsprogramm der Befreiung der Völker aufstellen, sie wird das Selbstbestimmungsrecht einzig erringen durch die Schaffung der nationalen Autonomie im Zeitalter des Sozialismus. Aber vor allem dürfen wir auch in der Befreiung der Völker nichts vom Sieg einer der imperialistischen Mächtegruppen erwarten. Wir werden glücklich sein, falls der Friedensvertrag wirklich einen Fortschritt der Demokratie Europas bringen sollte, wir werden jeden solchen Fortschritt mit Freuden akzeptieren, aber wir können ihn nicht zur Bedingung des Friedens machen. Wir müssen zufrieden sein, wenn auch in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker keine Verschlechterung des Status quo ante erfolgt. Die Internationale war einig, daß kein Krieg begonnen werden dürfe unter dem Vorwand der Befreiung eines Volkes, seien es die Polen, die Serben oder die Estländer. Die Internationale kann sich nur wieder einigen, indem sie neben anderen Utopien auch die Fortsetzung des Krieges zum Zweck der Befreiung von Völkern verwirft. Wir sind keine Schwärmer für die Welt, wie sie ist, aber wir sehen im Kriege keine Methode, sie zu verbessern. Und deshalb obliegt uns auch die Pflicht der Demaskierung der „Demokratie“ als Vorwand des Siegeswillens.

In Ihrem Manifest, Genosse Huysmans, fordern Sie auf, „alle die politischen Fragen zu unteruchen, die eine Lösung in den Friedensbestimmungen verlangen“. Die Untersuchung könnte sehr rasch abgeschlossen werden, wenn in den sozialistischen Parteien an die Stelle des Willens zum Siege wieder der Wille zur Internationale treten würde, wenn die Anhänger der militärischen Methode sich endlich befehlen wollten zur Landesverteidigung als einzigem politischen Ziel. Die Umkehr muß von innen kommen, durch die Selbstbestimmung in den Reihen der sozialistischen Parteien der einzelnen Länder. . . .

Diesem Entwicklungsprozeß leistet Ihr Manifest recht geringe Dienste. Es trägt nur allzu deutlich den Stempel eines Verlegenheitsproduktes. . . . Und so stehen wir vor der traurigen Tatsache: Der bürokratische Apparat der Internationale ist im Haag, die lebendige Idee der Internationale in Zimmerwald. Fern ist es von mir, den mit unglücklichen Mühen von Ihnen aufgebauten bürokratischen Apparat zerstören zu wollen, aber er hat nur soweit Wert, als er wieder Instrument wird wahrhaft internationaler Bestimmung und Aktion. Ich bedauere, durch äußere Umstände verhindert gewesen zu sein, an den Zimmerwalder Konferenzen teilzunehmen, aber ich bin auch keineswegs geneigt, sie zu überschätzen. Ich weiß nur zu gut, daß keine großen Wirkungen zu erzielen sind, wenn die große Mehrheit der Sozialisten in einem anderen Lager steht als in dem der Internationale. Aber ich schäme die Zimmerwalder Konferenzen als den lebendigen Beweis dafür, daß auf den altbewährten Grundfragen der Demokratie und des Sozialismus die internationale Solidarität auch im Kriege Ausdruck finden kann.

Zweihundzwanzig Monate tobt der Weltkrieg, und nicht eine einzige Aussprache im Internationalen Bureau war möglich. Unter diesen Umständen ist es kühn, zu behaupten, daß die Internationale noch lebt. Es ist ein Scheinleben, das sie führt, ein Leben in den Archiven. Sie wieder zu erwecken, ist eine viel größere Aufgabe, als sie mit den Mitteln der Diplomatie erfüllt werden kann. Die Abhaltung der Zimmerwalder Konferenzen ist gelungen, die Exekutive im Haag ist weit entfernt von der Einberufung einer Konferenz, zu der die sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder eingeladen sind. Diese Tatsache allein muß zur ernstesten Selbstbestimmung mahnen. . . .

Eine bedeutsame Ernennung.

Haag, 26. Juni. Der „N. N. C.“ legt der Tatsache, daß zum neuen türkischen Gesandten im Haag Mustafa-Vey ernannt worden ist, große Bedeutung bei. Mustafa-Vey war zulezt Unterstaatssekretär im Ministerium des Reiches und übte großen Einfluß auf die auswärtige Politik der Türkei aus, besonders als der Großvezir nach dem Ministerium des Reiches versah. Der „N. N. C.“ erlaubt aus der Ernennung schließen zu können, daß man dem Vostem im Haag eine ganz besondere Wichtigkeit beimesse, und das kann nur im Zusammenhang stehen mit der Rolle, die man den Niederlanden und der Königin bei eventuellen Versuchen zur Vermittlung oder zur Eröffnung der Friedensverhandlungen zu denke.

Der Hochverratsprozeß gegen Casement.

London, 26. Juni. (W. Z. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Verhandlung gegen Sir Roger Casement wegen Hochverrats wurde heute im Obersten Gerichtshof vor dem Lord Oberichter, zwei anderen Richtern und einer Jury eröffnet. Der Oberstsaal war gedrängt voll.

Eine Forderung auf Demobilisation in der Schweiz.

Der sozialdemokratische Kreisverband Jura-Nord, dessen Sektionen sämtlich im Gebiet der eigentlichen Grenzbesetzung liegen, hat einstimmig folgende Resolution angenommen: „Angesichts der ins Riesige wachsenden Schuldenlast, die durch den fortwährenden Truppenaufwand dem Schweizer Volk aufgeladen wird, in der Ueberzeugung, daß durch energische Demobilisation nicht nur diese Ausgaben sich vermeiden ließen, sondern bei besserer Rücksichtnahme auf Handel, Industrie und Landwirtschaft die verhängnisvolle Verelendung der Massen gehindert werden könnte; in Kenntnis der Wichtigkeit, die gerade in den während der Grenzbesetzung unentgeltlich belasteten jurassischen Gemeinden herrscht, stellt der am 18. Juni in St. Ursanne versammelte sozialdemokratische Kreisverband an die zuständigen eidgenössischen Behörden das Gesuch, in genanntem Sinne dem Volkswillen ohne Verzögerung zu entsprechen.“

Italienische Arbeiter in Frankreich.

Dem römischen „Messaggero“ wird unter dem 10. Juni aus Paris telegraphiert, daß zwischen dem Unterstaatssekretär für das Munitionswesen in Frankreich und dem italienischen Auswanderungskommissariat ein Einvernehmen zustande gekommen ist, demzufolge dieser Tage eine erste Gruppe von 2500 italienischen Arbeitern in die französischen Munitionsfabriken geschickt werden wird. Die Abmachung ruht auf der folgenden Grundlage: Der französische Unternehmer, der Bedarf für mindestens 25 Arbeiter hat, wendet sich an die Arbeitsabteilung des Ministeriums für Munitionswesen und unterbreitet ihm eine genaue Darlegung der Arbeitsbedingungen (Dauer des Kontrats, Arbeitszeit, Lohn, Lebenskosten, Unfallversicherung usw.). Es ist auch die Höchstsumme anzugeben, die der Arbeiter für angemessene Wohnung und Unterkunft ausgeben muß. Für die Rückreise ist sowohl vor als nach Ablauf des Kontrats eine Entschädigung zu gewähren. Im Falle von Arbeitslosigkeit infolge höherer Gewalt ist der italienische Arbeiter gleich dem einheimischen zu behandeln. (Wie dieser behandelt wird, ist freilich in dem Bericht nicht angegeben.) Der Anfrage ist die Erklärung beizufügen, daß in dem Orte, wo die Arbeiter verlangt werden, kein Streik oder ähnlicher Konflikt vorliegt. Zur Sicherstellung der Einhaltung der Kontrakte muß der Unternehmer für jeden Arbeiter 50 Lire beim italienischen Auswanderungskommissariat hinterlegen, die ihm nach 8 Monaten zurückgegeben werden, wenn es feststeht, daß er alle Bedingungen des Vertrages erfüllt hat. Schließlich macht die französische Regierung zum ersten Male das Zugeständnis, daß die Inspektoren des italienischen Auswanderungskommissariats die Fabriken inspizieren dürfen, in denen italienische Arbeiter beschäftigt sind.

Roosevelt für Hughes?

Amsterdam, 26. Juni. (W. Z. B.) Einem liegenden Blatt zufolge erklärt „Times“ aus New York vom 25.: Roosevelt wird morgen einen Brief veröffentlichen, in dem er es ablehnt, die Präsidentschaftskandidatur der Fortschrittspartei anzunehmen und in dem er die Mitglieder der Partei auffordert, für Hughes zu stimmen. Roosevelt ist davon überzeugt, daß eine Niederlage Wilsons im Interesse des Landes gelegen wäre. Die Mehrzahl der Fortschrittler wird dem Rat Roosevelts Folge leisten.

Scharfe amerikanische Note an Mexiko.

Washington, 25. Juni. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Nach einer Unterredung zwischen Wilson und Lansing, die heute stattfand, wurde eine Note nach Mexiko geschickt, in der die sofortige Entlassung der bei Carrizal gefangenen amerikanischen Reiter verlangt und gesagt wird, daß die Vereinigten Staaten eine baldige Erklärung Mexikos darüber verlangen, welchen Weg es in Zukunft einzuschlagen gedenke. — Ferner wird in der Note gesagt, daß die Vereinigten Staaten den Befehl an die mexikanischen Soldaten, den Amerikanern das Vorrücken in irgend einer anderen als nördlichen Richtung zu verwehren, nur als formelles Eingeständnis einer vorläufig feindlichen Handlung gegen die jetzt in Mexiko befindlichen amerikanischen Truppen betrachten können, zumal die Mexikaner diese ohne Herausforderung anzugreifen beabsichtigen, wenn sie in Verfolgung der Absichten, derentwegen sie abgehandelt worden sind, sich vorwärts bewegen und obwohl damit nur der mexikanischen Regierung geholfen werden solle, sich und die Vereinigten Staaten vor unverantwortlichen Banden räuberischer Rebellen zu beschützen.

Washington, 26. Juni. (W. Z. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Es wird zugegeben, daß nach der Absendung der Note an Mexiko die Lage sehr ernst geworden ist. Die Note wurde verfaßt, nachdem die Mitteilung von der mexikanischen Regierung eingetroffen war, daß das Geschehen bei Carrizal eine Folge des Befehls war, die amerikanischen Truppen anzugreifen, wenn sie sich in irgendeiner anderen Richtung als nach der Grenze bewegten. Wilson verhandelte mit den Führern des Repräsentantenhauses und des Senats über die Lage. Der Vorsitzende der Senatskommission für äußere Angelegenheiten, Stone, machte danach keinen Hehl daraus, daß er den Krieg für so gut wie unvermeidlich halte.

Letzte Nachrichten.

Eine russische Lüge.

Amlich, Berlin, 26. Juni. (W. Z. B.) Russische Soldaten der Regimenter 209 und 210 von der 58. russischen Division, die am 22. Juni in den Kämpfen bei der Heeresgruppe Linzingen gefangen genommen wurden, sagten übereinstimmend gefangen genommen wurden, sagten übereinstimmend keine Deutschen gefangen zu nehmen, sondern sie ausnahmslos niederzumachen. Diese Feststellung erklärt es, daß die russische Heeresleitung in ihrem amtlichen Berichte vom 22. Juni behauptet, die russischen Truppen gäben keinen Vardon, da die Deutschen Exploitationsgeschosse verwendeten. Es bedarf keiner Versicherung, daß diese Behauptung, wenn sie der russischen Heeresleitung zugeht, eine nichts-würdige Lüge ist. Die amtliche russische Erklärung entschuldigt somit lediglich die Befehle russischer Kommandostellen, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Gewerkschaften im Jahre 1915.

Der soeben erschienene Jahresbericht der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend sagt unter anderem: Die Arbeits-, insbesondere die Lohnverhältnisse im Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin, waren im allgemeinen nicht ungünstig. Nach den Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Berlin stieg die Zahl der gegen Krankheit versicherten Personen von 1 148 878 am 1. Januar 1915 auf 1 189 881 am 1. Januar 1916. Also um 45 508 Personen. Die Zahl der männlichen Versicherten nahm während des Jahres um 92 206 ab, die Zahl der weiblichen Versicherten vermehrte sich dagegen um 144 714. Der durch den Krieg verursachte Abgang an männlichen Arbeitskräften ist also durch Frauen nicht nur ersetzt, sondern die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen ist darüber hinaus noch um 52 708 gestiegen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist dauernd gesunken. Nach den Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, dem auch die Berliner Gewerkschaften ihre Berichte liefern, waren am 1. Januar 1915 zusammen 15 334 Personen vorhanden, welche Arbeitslosenunterstützung erhielten. Davon waren 13 228 männliche und 2111 weibliche Unterstützungsempfänger. Am 1. Januar 1916 war die Gesamtzahl der Unterstützten auf 2457 gesunken und zwar 1760 männliche und 688 weibliche. Bei einzelnen Berufsarten ist der Rückgang sehr beträchtlich, weil sich die Arbeitskräfte anderen Berufsarten, namentlich der Kriegsindustrie zuwandten. Im Buchdruckerberuf sank die Zahl der Arbeitslosen von 2970 auf 18, bei den Holzarbeitern von 4118 auf 457, bei den Metallarbeitern von 1476 auf 558. Diese günstigen Erscheinungen werden aber nicht anhalten. Nach Beendigung des Krieges wird man mit wesentlich ungünstigeren Verhältnissen des Arbeitsmarktes zu rechnen haben. Jahre dürften vergehen, ehe die deutsche Volkswirtschaft wieder im normalen Bahnen laufen wird. Es wird eine der größten Aufgaben der Gewerkschaften sein, jene Zeit zu überwinden.

Die Abnahme der männlichen und die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte tritt natürlich auch bei den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in die Erscheinung. Vor dem Kriege, am 1. Januar 1914, hatten die Berliner Gewerkschaften 301 988 Mitglieder. Die Zahl hatte sich am 1. Januar 1915 auf 237 151 verringert. Das ist ein Rückgang um 64 835 Mitglieder oder 21,2 Proz. Durch neue Einberufungen zum Heeresdienst ist die Mitgliederzahl im Jahre 1915 abermals erheblich gesunken. Sie belief sich am Jahresabschluss auf 144 259, was eine Verminderung um 39,2 Proz. bedeutet. Demnach ist die Mitgliederzahl vom 1. Januar 1914 bis zum 1. Januar 1916 um 52,5 Proz. gesunken. Die Zahl der männlichen Mitglieder belief sich am 1. Januar 1916 auf 116 308 gegen 209 002 am 1. Januar 1915. Das ist eine Abnahme um 92 694 Personen oder 44,3 Proz. In dem gleichen Zeitraum (1. Januar 1915 bis 1. Januar 1916) ist die Zahl der weiblichen Mitglieder von 24 538 auf 25 394 gestiegen, was eine Vermehrung von 861 Personen oder 3,5 Proz. bedeutet. Die Zunahme der organisierten weiblichen Arbeitskräfte steht in gar keinem Verhältnis zur Zunahme der überhaupt beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte. Die Gewerkschaften werden deshalb ihr Augenmerk in erhöhtem Maße auf die Organisierung der Arbeiterinnen zu richten haben. — Bei den jugendlichen Mitgliedern ist im Jahre 1915 eine Abnahme von 8616 auf 2562, also um 1054 Personen oder 29,1 Proz. zu verzeichnen.

Der 39,2 Proz. betragende Rückgang der Gesamtmitgliederzahl wird von den meisten Gewerkschaften überschritten. Sehr erheblich über dem durchschnittlichen Rückgang stehen die Bäcker mit 76,8 Proz., die Gärtner mit 57,1 Proz., die Glaser mit 76,5 Proz. Bedeutend unter dem Durchschnitt stehen die Buchbinder mit 22,1 Proz., die Bureauangestellten mit 18,1 Proz., die Hausangestellten mit 17,1 Proz., die Gutmacher mit 25,2 Proz., die Kupferschmiede mit 14,2 Proz., die Lederarbeiter mit 22,8 Proz., die Sattler mit 19,2 Proz., die Schneider mit 21,1 Proz. und die Zimmerer mit 21,1 Proz. Eine Zunahme an Mitgliedern verzeichnen nur drei Gewerkschaften. Die Mitgliederzahl erhöhte sich bei den Glasarbeitern von 287 auf 260, bei den Kürschnern von 628 auf 650 und bei den Tabakarbeitern von 1215 auf 1665.

Das Größenverhältnis der Gewerkschaften ist dieses: Es haben bis zu 100 Mitgliedern sieben, 101 bis 300 Mitglieder sechs, 301 bis 500 Mitglieder sieben, 501 bis 1000 Mitglieder sechs, 1001 bis 2000 Mitglieder zehn, 2001 bis 3000 Mitglieder vier, 3001 bis 4000 Mitglieder drei, 4001 bis 10 000 Mitglieder zwei Gewerkschaften, und über 10 000 Mitglieder drei Gewerkschaften, darunter eine über 50 000 Mitglieder.

Am 1. Januar 1916 belief sich die Gesamtmitgliederzahl aller Gewerkschaften auf 144 259 und zwar 116 308 männliche, 25 394 weibliche und 2562 jugendliche.

Die Mitgliederzahlen der zehn größten Gewerkschaften und ihre Prozentverhältnisse zur Gesamtzahl aller Gewerkschaften sind folgende:

Metallarbeiter . . .	51 779 Mitglieder = 35,9 Proz.
Transportarbeiter . . .	17 115 " = 11,9 "
Holzarbeiter . . .	11 175 " = 7,7 "
Buchdrucker . . .	6 042 " = 4,3 "
Schneider . . .	5 670 " = 3,9 "
Bauarbeiter . . .	4 976 " = 3,5 "
Gemeindearbeiter . . .	4 937 " = 3,5 "
Buchbinder . . .	4 862 " = 3,3 "
Fabrikarbeiter . . .	3 860 " = 2,7 "
Sattler . . .	3 298 " = 2,3 "
113 714 Mitglieder = 79,0 Proz.	

Die Fluktuation in den Gewerkschaften war wieder sehr erheblich. Insgesamt wurden im Berichtsjahre 71 500 Mitglieder (46 190 männliche, 23 727 weibliche und 1728 jugendliche) aufgenommen. Vergleicht man diese Zahlen mit dem Mitgliederbestande am 1. Januar 1916, so ergibt sich, daß von je 100 Eingetretenen bei den Männern 89,5, bei den Frauen 94,8, bei den Jugendlichen 69,3 wieder ausgetreten. Im Gesamtdurchschnitt aller Mitglieder traten 49,6 Proz. der Neuaufgenommenen wieder aus. Die hohen Fluktuationen rühren hauptsächlich von dem starken Zustrom weiblicher Arbeitskräfte ins Erwerbsleben her. Ein lehrreiches Beispiel dafür bietet die Fluktuation im Metallarbeiterverband. Sie betrug bei den Männern 63,5 Proz., bei den Frauen dagegen 161,5 Proz. Bei 9053 weiblichen Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes waren 14 541 Aufnahmen zu verzeichnen. Sehr erheblich ist auch die Fluktuation bei den Sattlern mit 187 Proz., die in der Ausdehnung der Kriegsindustrie und der Aufnahme vieler weiblicher und ungelerner männlicher Arbeitskräfte ihre Erklärung findet. — Aus den Mitgliederlisten ergibt sich ferner, daß bis Ende 1915 100 147 Gewerkschaftsmitglieder zum Heere eingezogen waren.

Entsprechend den Veränderungen im Mitgliederbestande haben sich auch die Kassenverhältnisse der Gewerkschaften gestaltet. Die Gesamteinnahmen im Berichtsjahre betrugen 11 464 185,12 M., das ist gegen das Vorjahr eine Verminderung um 5 214 831,16 M. Der Kassenbestand ist von 4 021 761,04 M. im Vorjahre auf 4 355 101,01 M. im Berichtsjahre gestiegen. Die Ge-

samtausgaben sind von 12 684 372,71 M. auf 7 100 084,11 M. zurückgegangen. Da Streiks und Lohnbewegungen fast gar nicht stattfanden, so sind die Ausgaben für diesen Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit auf einen unerheblichen Betrag zurückgegangen. Dasselbe gilt für die Unterstützungsgewährleistungen. Auch in allen anderen Unterstützungszweigen haben sich die Ausgaben bedeutend vermindert. Als neuer Ausgabenposten erscheint dagegen die Unterstützung der Kriegsteilnehmer und ihrer Familien. Die gesamten Ausgaben für Unterstützungszwecke betragen:

Art der Unterstützung:	1915:	1914:
Streik	4 061,60 M.	895 105,14 M.
Mahregelung	2 665,80 " "	149 172,29 " "
Weise	19 598,18 " "	47 627,05 " "
Arbeitslosen	639 538,12 " "	5 450 429,63 " "
Kranken	295 581,84 " "	1 648 578,81 " "
Storbe	154 030,90 " "	162 124,05 " "
Invaliden	190 234,60 " "	198 784,90 " "
Rechtschutz	8 957,08 " "	42 608,54 " "
Besondere	56 451,83 " "	678 853,46 " "
Kriegsteilnehmer	14 254,98 " "	— " "
Frauen der Kriegsteilnehmer	1 048 708,72 " "	— " "
Summa:	2 459 173,40 M.	9 268 343,87 M.

Die Finanzlage der Gewerkschaften — sagt der Bericht — ist in der Kriegszeit stark in Mitleidenschaft gezogen worden, trotzdem kann im allgemeinen von einem ungünstigen Ergebnis nicht gesprochen werden. Die stärkste Belastungsprobe ist ihnen, wie am Anfang des Krieges, für die Zeit nach dem Kriege vorbehalten. Diese Probe bis zum Wiedereintritt in normale Verhältnisse zu bestehen, wird eine der wichtigsten finanziellen Aufgaben der Gewerkschaften sein müssen.

In der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Gewerkschaftskommission machte Genosse Körsten einige erläuternde Bemerkungen zu dem gedruckten Jahresbericht. Genosse Lint gab eine kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit des Arbeitersekretariats. Der Inhalt der Berichte gab keinen Anlaß zur Debatte. Hinsichtlich der Kassenverhältnisse des Ausschusses wurde moniert, daß derselbe den Angestellten der Gewerkschaftskommission Teuerungszulagen bewilligt hat, ohne die Veranlassung gefragt zu haben. Beschlüsse wurden, daß Anträge auf Gehaltsaufbesserungen der Angestellten in Zukunft der Plenarversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen sind.

Die Neuwahl des Ausschusses hatte folgendes Ergebnis: Cohen (Metallarbeiter), Czoch (Buchdrucker), Gruhl (Textilarbeiter), Naab (Holzarbeiter), Nieß (Waler), Schulze (Sattler), Ullrich (Transportarbeiter), Seifert (Gastwirtsgehilfe), Müntner (Gemeindearbeiter). Damit sind sämtliche bisherigen Ausschussmitglieder wiedergewählt mit Ausnahme von Seifert, der dem Ausschuss nicht angehört. Für Schulze, der beim Militär steht, wurde Sattler Hauptmann als Stellvertreter bestimmt. Als Revisoren wurden wiedergewählt Schuldt (Brauereiarbeiter), Schmidt (Bundlungsgehilfe) und neugewählt Schade (Holzarbeiter) an Stelle des kürzlich im Felde gefallenen Holzarbeiters Leopold.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung in der Berliner Zigarrenbranche.

Eine am 19. Juni stattgefundene stark besuchte Versammlung nahm Stellung zu der Frage: Welche Forderungen haben die Zigarrenmacher, Wickelmacher, Juridiker und Sortierer an die Fabrikanten zu stellen?

Der Referent, Kollege Rosenthal, setzte der Versammlung auseinander, daß die drei in der Tabakbranche bestehenden Verbände: Deutscher Tabakarbeiter-, Christlicher und Hirsch-Dunderscher Verband beschlossen haben, in ganz Deutschland von sämtlichen in Tabak produzierenden Fabriken eine 20prozentige Lohnzulage zu verlangen. Jetzt wäre der geeignete Zeitpunkt, da infolge der Tabakverknappung und namentlich infolge der im Reich beschlossenen Erhöhung der Tabakabgaben eine neue Kalkulation der Erzeugnisse der Produktion stattfände. Bei dieser Gelegenheit könnte auch eine Lohn-erhöhung mit in Anrechnung gebracht werden. Ein großer Teil der Fabrikanten hätte der Reichsregierung diese Erhöhung auf dem Präsentierteller entgegengebracht; diese Fabrikanten könnten nun nicht sagen, daß Löhne die Produktion nicht tragen, wo es sich tatsächlich um die Kernsten der Arnten handele, wie der Referent aus der Verulfsstatistik bewies. Die Konjunktur in der Tabakbranche sei eine gute, da jetzt ein Drittel der Gesamtproduktion von der Heeresverwaltung beansprucht würde und infolgedessen eine Arbeitslosigkeit, wie sonst nicht vorhanden wäre.

Nachdem von allen Rednern derselbe Standpunkt vertreten worden war, wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung der Zigarren- und Sortiererbranche erklärt sich mit den von den drei Verbänden (Deutscher Tabakarbeiter-, Christlicher und Hirsch-Dunderscher) aufgestellten Forderungen einverstanden; sie beauftragt die Ortsverwaltung, mit den Sektionsleitern die Anschriften, wie in den anderen Tabakbranchen, an die Zigarrenfabrikanten zu senden. Die Kollegen verpflichten sich ebenfalls, jetzt bei den Zigarrenfabrikanten die aufgestellten Forderungen zu stellen und dann dem Bureau sofort Mitteilung über den Erfolg zu machen.

Die Autogenschweißer und Schweißerinnen beschäftigten sich am Mittwoch in einer Branchenversammlung mit der allgemeinen Lage des Berufs. Ueber zwei Punkte führen die Schweißer besonders Klage. Der Krieg hat dem Beruf eine enorme Ausdehnung gebracht; die Zahl der Berufsarbeiter hat sich mindestens verdreifacht und der Zuwachs rekrutiert sich überwiegend aus berufsfremden Arbeitern, ganz besonders aus Arbeiterinnen, die vielfach nur eine sehr nordürftige Ausbildung besitzen. Während vor dem Krieg die Frauennarbeit im Schweißerberuf kaum bekannt war, bilden gegenwärtig die Schweißerinnen einen hohen Prozentsatz der Berufsarbeiter. Die Kollegen befürchten, daß ihnen daraus Nachteile erwachsen. Die Unternehmer zeigen offensichtlich die Neigung, männliche und weibliche Arbeitskräfte zu ersetzen. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo die Einstellung von Schweißern abgelehnt, Schweißerinnen dagegen sofort angenommen wurden. Es muß nachdrücklich darauf hingewirkt werden, daß die weiblichen Arbeitskräfte für die gleiche Arbeit nicht niedriger entlohnt werden wie der Mann. Auch dürfe dem übermäßigen Anstrome von Arbeiterinnen unter keinen Umständen Vorzug geleistet werden.

Erhebliche Missetände haben sich in bezug auf die Betriebs-sicherheit herausgebildet. Die Bedienung der Schweißapparate ist an sich nicht ungefährlich, da stark explosive Gase Verwendung finden. Die Unfallgefahr wird aber noch erhöht, wenn die bedienende Person mit den Eigenheiten des Apparates und seiner jagemäßen Behandlung nur mangelhaft vertraut ist. In vielen Fällen werden Arbeitskräfte an die Apparate gestellt, denen die allerersten notwendigen Kenntnisse fehlen. Verbrennungen und Explosionen sind durchaus keine Seltenheit. Die Schweißereiarbeiter sind der Auffassung, daß dieser Missetand am besten dadurch zu beseitigen wäre, wenn die Zulassung zur Ausübung des Berufes von der Ablegung einer Prüfung abhängig gemacht würde. Grobe Verstöße gegen die polizeilichen Sicherheitsvorschriften kommen gleichfalls vor. Vorkommnisse sind zwischen den Goshelkältern und der Brennerflamme ein Abstand von drei Meter sein. In Zwischenräumen müssen die Schweißapparate sechs Meter von einander entfernt sein. Dagegen wird häufig oft verstoßen. Die Goshelkältern dürfen nicht frei stehen, sondern müssen befestigt sein. Diese werden dagegen oft nur lose an die Wand oder sonstwo angelehnt, ohne besonders befestigt zu werden. Ueber dämpfende Umhüllungen der Zuführungsschläuche wird gleichfalls geklagt. Ein

Verlangen der Arbeiter auf Abstellung der Missetände hat selten Erfolg. Leider scheinen auch die Aufsichtsbehörden nicht mit dem nötigen Nachdruck vorzugehen. Es wurde über einen Fall berichtet, wo die Gewerbeinspektion auf eine Beschwerde gar nicht reagierte. Die Schweißereiarbeiter verlangen, daß sie bei Ausübung ihres ohnehin äußerst gesundheitsgefährlichen Berufes nicht obendrein noch durch Nachlässigkeit erhöhten Unfallgefahren ausgesetzt werden.

Ausland.

Achtstundentag für städtisches Personal.

Die sozialistische Stadtverwaltung Mailands hat beschlossen, den Forderungen des Dienstpersonals der Stadt stattzugeben und den Achtstundentag einzuführen. Bisher hatte dies Personal eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden, die nunmehr auf 48 Stunden herabgesetzt werden soll. Die Reform kommt zunächst 534 Personen zu gute, da sich zurzeit 241 Dienstbeamte unter den Waffen befinden. Mit Rückwirkung auf den 1. Januar laufenden Jahres wird sich die Mehrausgabe auf 116 608 Lire, in normalen Jahren auf rund 180 000 Lire belaufen. Gleichzeitig bereitet die Stadtverwaltung eine Reform in der Besoldung der am schlechtesten bezahlten Kategorien des städtischen Personals vor, die 2372 Angestellten zugute kommen wird und eine Mehrausgabe von 470 000 Lire jährlich einschließt.

Aus der Partei.

Die besseren Sozialdemokraten des Auslandes.

Unser Reichsberger Parteiblatt, die „Tagespost“, zitiert folgende Stelle aus einem Leitartikel des „Prager Tagblatt“:

„... Vissolati ist Sozialist, freilich nicht von der strengen Prägung der offiziellen Sozialdemokraten, die in Turati ihr Haupt und im „Avanti“ ihr publizistisches Organ verehren; dieser Partei, die dem Marxismus treu geblieben und auch im Kriege ihr Programm tapfer und konsequent verteidigt, hat sich Vissolati längst entfremdet. Sein Sozialismus ist von einer allgemeineren Art, jenen bürgerlichen Sozialisten Frankreichs sehr ähnlich, die den Kampf der Klassen nicht mögen, auch die Befreiung der arbeitenden Menschheit von den wirtschaftlichen Fesseln nicht sehr ernst nehmen.“

Hierzu bemerkt unser Bruderblatt recht treffend: Also, weil die Genossen in Italien dem Marxismus und ihrem Programm treu geblieben sind, nennt sie das „Prager Tagblatt“ tapfer und konsequent. Deutsche Sozialdemokraten werden, wenn sie ebenfalls dem Marxismus und ihrem Programm nicht abschwören, erheblich anders beurteilt; auch im „Prager Tagblatt“! Das ist schon eine alte Geschichte.

Die Haltung des Kieler Parteiorgans.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Die Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften Kiels befaßten sich in fünf Versammlungen mit der Haltung der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“. Die Haltung derselben verteidigte in längeren Ausführungen der Redakteur Genosse Adler. In der Debatte traten sämtliche Angehörigen der Arbeiterbewegung dem Standpunkt Adlers mehr oder weniger bei, während von den sonstigen Diskussionsrednern aus den Reihen der werktätigen Genossen nur einer denselben Standpunkt teilte.

Wenn auch der Vorsitzende Genosse Garbe eine Abstimmung nicht zuletzte, da er diese Körperschaft für nicht kompetent hielt, und der Zweck der Aussprache nur der sein sollte, die einzelnen Meinungen zu hören, so kann man doch sagen, daß diese Veranstaltung eine einmütige Beurteilung der Haltung der „Volkszeitung“ war. Genosse Garbe gab dann auch den Redakteuren den Rat, sich in Zukunft danach zu richten.

Aus den Organisationen.

Die Hamburger Landesorganisation nahm am 24. Juni in einer vierten Versammlung den Bericht der Preßkommission entgegen, den Genosse Adolf v. Elm erstattete. Die Zahl der Abonnenten ist von 75 000 vor Ausbruch des Krieges auf 53 000 gesunken. Die Einschränkung der Gewerkschaftsblätter und anderer Druckaufträge waren weitere Veranlassung für einen ungünstigen Geschäftsabschluss. Der Preis der Zeitung mußte von 30 Pf. auf 35 Pf. pro Woche erhöht werden. Nachdem Genosse Dr. Herz vom Altonaer Ortsverein in die Preßkommission gewählt worden war, wurde dort ein Reglement über das Verhalten der Mitglieder der Preßkommission in Parteifreien und in der Öffentlichkeit zur Debatte gestellt und zum Teil beschlossen. Gegen eine Stimme wurde der Abzug angenommen: Falls Mitglieder der Preßkommission einen anderen Standpunkt als den der Mehrheit bei der Berichtserstattung zum Ausdruck bringen wollen, sind sie verpflichtet, dies bei der Erörterung über den zu erstattenden Bericht der Preßkommission mitzuteilen. Einwendungen gegen die taktische und prinzipielle Haltung des „Hamburger Echo“ sind von Mitgliedern der Preßkommission zunächst in der Preßkommission zur Beratung zu bringen. — Die Preßkommission hatte sich mit verschiedenen Beschwerden gegen die Haltung des „Hamburger Echo“ zu beschäftigen, die mit Mehrheit als unbegründet zurückgewiesen wurden. Ein Antrag, dem Genossen Dr. Herz als Korreferenten das Wort zu geben, war eingangs der Versammlung abgelehnt worden. Die Genossen Lenz und Genosse Schwarz übten scharfe Kritik an der Haltung des „Hamburger Echo“. Genosse Ullrich verlangte, daß das „Echo“ gegen die Jugendwehrbestrebungen, den Spornang um grundsätzliche Stellung nehme und lege eine dahingehende Resolution vor. Als darauf Genosse Herz das Wort erbat, erklärte der Vorsitzende, daß die Hamburger Polizei auch für die Delegiertenversammlung an dem Redeverbot gegen Genossen Herz festhalte. Die Versammlung beschloß darauf auf Antrag eines Vertreters der Minderheit, sich zu vertagen und den Vorstand zu beauftragen, bei der Behörde vorstellig zu werden, daß Herz reden dürfe.

Der Sozialdemokratische Verein für die beiden Röhner Wahlkreise hielt am 25. Juni seine Jahreshauptversammlung ab. Nach dem Kassenbericht betrugen die Einnahmen 18 209,12 M., die Ausgaben 17 890,94 M.; der Kassenbestand beträgt 328,18 M. Außerdem steht aber dem Verein eine größere Erbschaft zur Verfügung. Der Kassenbestand des Wahlkreises stieg im abgelaufenen Geschäftsjahre von 1003,31 M. auf 2472,83 M. Die Mitgliederzahl war am Schlusse des vorigen Jahres 7604 (6564 männliche und 1040 weibliche), dagegen sank sie bis zum 31. März 1916 auf 6007 (5015 männliche und 992 weibliche). Von Rednern der verschiedenen Parteirichtungen wurde unter Hinweis auf diesen Verlust verlangt, daß in der Werbearbeit alle Parteigenossen ihr Möglichstes tun sollten.

Gegen die „Rheinische Zeitung“ wurde der Vorwurf erhoben, daß sie die Genossen einseitig unterrichte. Ferner wurde dem Kölner Vorstand vorgeworfen, daß er einseitig Berliner Parteivorstandsbroschüren verbreite und für die sozialistische Schulung der Genossen zu wenig tue. Der stellvertretende Parteisekretär Genosse Funke (beide Sekretäre sind eingezogen) erklärte sich bereit, auch oppositionelle Schriften verbreiten zu lassen, wenn sie gratis zur Verfügung gestellt würden. Die Fortsetzung der Aussprache wurde schließlich vertagt.

Der Verband der Konfessionisten Berlins und Umgegend veranstaltet heute Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saal der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 99/97, eine große öffentliche Versammlung.

Herr Dr. A. Koch, Rechnungsmittelmeister und Vorkämpfer der königlichen Gärtner-Lehranstalt Dahlem, spricht über das Thema: Praktische Lebenserziehung, Entlohnung des Arbeiters ohne Jücker. Eintritt für jedermann frei.

Politische Uebersicht.

Konservative und Freikonservative.

Auf einem Abschiedessen der freikonservativen Fraktion hat Freiherr v. Zedlitz vor seinen Parteifreunden eine Ansprache gehalten, die zu den gegenwärtigen politischen Problemen Stellung nimmt.

Die freikonservative Partei wird sich immer vor Augen halten müssen, daß sie in der Lage ist, konservative Anschauungen, konservative Rücksichten bei der Gestaltung und der Neuorientierung unserer Politik, auch im Innern, geltend zu machen, und daß sie den Regierungen im Reich und in Preußen die Möglichkeit zu gewahren hat, einer Linkswendung des Reichs- und Staatswagens über die Grenze hinaus zu steuern, welche nach unserer Auffassung einer Politik gegenseitig ist, die zum Wohle, zur Stärkung und gedeihlichen Entwicklung des Reiches und unseres Staates dienen soll.

Die konservative „Kreuzzeitung“ hat zu diesen Ausführungen sofort Stellung genommen und dagegen Einspruch erhoben, daß die Deutschkonservativen, die von ihr vertreten werden, unbedingte Gegner der „Neuorientierung“ seien. Doch warnt die „Kreuzzeitung“ davor, diese Neuorientierung vorzeitig vorzunehmen. Die „Erprobung der gesamten Bevölkerung in Vaterlandsliebe“, von der Zedlitz gesprochen hatte, und die als Grundlage für die „Neuorientierung“ dienen sollte, sei doch keineswegs zweifelhaft, da die radikalen Elemente in der Sozialdemokratie größere Jugkraft hätten, als man bei Kriegsausbruch annahm.

Wenn man weiß, wie das „Reformprogramm“ des Herrn v. Zedlitz aussieht, dann müssen diese Ausführungen der „Kreuzzeitung“ geradezu humoristisch wirken.

In seinen Ausführungen über die äußere Politik wandte sich Herr v. Zedlitz gegen die Kanzlerfronde; im übrigen erklärte auch er: „Aber heute, wo noch Mars die Stunde regiert, sind es nicht die Aufgaben der Friedenszeit, die in erster Linie unsere Aufmerksamkeit und unsere Sorge in Anspruch nehmen, heute gilt es vor allem, dafür zu sorgen, daß der Krieg siegreich zu Ende geführt wird, dafür zu sorgen, daß dem Siege ein Frieden folgt, der vollen Ausgleich bietet für die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die unserem Volke in diesem Kriege zugemutet sind.“

Aber der Sieg und die gedeihliche Entwicklung des Friedens hängen im wesentlichen davon ab, daß die Einheit, die uns in stand gesetzt hat, einer Welt von Feinden mit Erfolg entgegenzutreten, unserem Volke erhalten bleibt, daß auch erhalten bleibt das Vertrauen in die Leitung des Krieges wie der Politik.

Auch diese faule Zurückweisung gewisser konservativer Elemente geht der „Kreuzzeitung“ noch zu weit. Sie fordert nur, daß die Formen der Kritik an der Reichsregierung möglichst einwandfrei seien, damit „dann ganz von selbst der Eindruck vermieden werde, als ob ein Wechsel in der Person des Leiters der Reichspolitik das eigentliche Ziel der Kritik sei.“ Im übrigen verteidigt sie aber vollkommen die Kritik der Rapp-Leute in der Frage der U-Boot-Anwendung und der „Nachgiebigkeit“ gegen Amerika. Da auch Herr v. Zedlitz in der Kriegszielefrage auf dem äußersten rechten Flügel steht, bleibt auch hier die Differenz zwischen Konservativen und Freikonservativen fast nur mit der Lupe erkennbar.

In Anblich hieran wollen wir erwähnen, daß die Debatte über die Rapp-Affäre in der ganzen bürgerlichen Presse noch immer weitere Kreise zieht. Die konservative „Deutsche Tageszeitung“ hat sich erst in den letzten Tagen wieder mehrfach für Rapp ins Zeug gelegt. Die „Germania“, das Zentrumsblatt, erklärt dagegen in ihrer Sonntagsausgabe: „Eins müssen wir doch noch hervorheben: daß die ganze Affäre Rapp die Partei, die wir vertreten, von der Wichtigkeit der Politik des Reichskanzlers erst recht und noch mehr als vorher überzeugt hat.“

Da wir in anderen Zentrumsblättern, u. a. auch in der „Kölnischen Volkszeitung“, fortgesetzt Bemerkungen finden, die auf eine Unterstüßung der rücksichtslosen Kriegszieleforderungen hinauslaufen, müssen wir allerdings unseren Zweifel ausdrücken, daß wirklich die ganze Zentrumsparlei die Auffassungen der „Germania“ vollkommen teilt.

Die Kriegsziele der sechs Verbände.

Das Berliner Tageblatt schreibt: „Die Hamburger Nachrichten“ und ähnliche Blätter haben in diesen letzten Tagen dringlich gefordert, daß die Denkschrift der sechs Verbände, in der die Kriegsziele der Schwerindustrie und ihrer Wittläufer dem Reichskanzler bekanntgegeben wurden, veröffentlicht werde. Wir schließen uns dem Wunsche nach ihrer Veröffentlichung durchaus an. Allerdings betrachten wir es als selbstverständlich, daß dann die Bekanntgabe sämtlicher Kriegszieleinlagen gestattet werden muß. Sowohl eine Denkschrift des schmerzindustriellen Geheimen Kommerzienrats Ribdorff und zahlreiche ihm zustimmenden Professoren und eine Eingabe des Aldeutschen Verbandes, wie die von etwa hundert Persönlichkeiten der Gelehrtenwelt, der kirchlichen Kreise, der Aristokratie, der Industrie, des Handels und der Diplomatie unterzeichnete Eingabe, die das Treiben der sechs Verbände und ihrer Gefolgschaft entschieden zurückweist, müssen dann der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Für ebenso selbstverständlich aber halten wir es, daß wir nach einer Veröffentlichung der sechs-Verbände-Denkschrift volle Freiheit haben müssen, unsere Meinung über diese Denkschrift und über ihre Urheber auszusprechen, und natürlich auch über die Motive, von denen die Verfasser und ihre Hintermänner bei der Aufstellung ihrer Forderungen geleitet worden sind. Man wird dann sehen, ob die Beweggründe der großen Kriegslieferanten bei Abfassung der Denkschrift „nationale“ waren, wie sie behaupten, oder ob es sich um ganz einfache Deuteinteressen, wie ihnen vorgeworfen wird, handelt, denen zuliebe der Krieg bis ins Endlose forgesetzt werden soll. Es ist klar, daß man von alledem nicht wird sprechen können, ohne den Zusammenhang zu berücksichtigen, der schon vor dem Kriege zwischen einem Teil der Schwerindustrie und den auf eine Erhöhung des Chauvinismus gerichteten Bestrebungen bestand und jetzt weiter besteht. Unter der Voraussetzung, daß die Freiheit der Diskussion nicht durch den Hinweis auf den sogenannten Burgfrieden beeinträchtigt wird, unterstützen wir gern den Wunsch der „Hamburger Nachrichten“ und all derjenigen, die eine Veröffentlichung der Denkschrift begehren, und wir sind ganz überzeugt, daß eine solche Entscheidung zum mindesten aufklärend wirken wird.“

Die Aufgaben der Presse.

Fast die gesamte Presse aller Länder hat in den Tagen der Völkerverdergung versagt und neue, schon in Friedenszeiten er-

worbene Schuld auf sich geladen. Im „Tageblatt“ wird in einem Artikel, der sich mit dieser Schuld der Presse beschäftigt, darauf hingewiesen, daß auch die „Humanität“ sich davon nicht freigehalten habe. Wir müssen leider hinzufügen, daß auch ein Teil der deutschen sozialistischen Presse bis in die jüngste Zeit hinein Verurteilungen getan hat, die keineswegs dem Ziele der Verständigung zwischen den Völkern dienen.

Es ist, zumal in pazifistischen Veröffentlichungen, häufig die Frage aufgeworfen worden, ob man nicht Straf- oder sonstige Zwangsmittel gegen besonders schwere Ausschreitungen der Presse anwenden könne. Wir halten derartige Anregungen für völlig verfehlt. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt, eine bessere Erziehung der Journalisten würde von heilsamer Wirkung sein und empfiehlt deshalb die Einrichtung einer Journalisten-Schule nach dem Muster der Pariser „Schule der politischen Wissenschaften“. Aber das skeptische „Tageblatt“ fügt seinem Vorschlag sofort hinzu:

„Eine ähnliche Einrichtung wie die „Ecole des sciences politiques“ wäre gewiß auch für Deutschland empfehlenswert und man könnte dann neben einem Kursus für Journalisten einen Zwangsunterricht für Abgeordnete einfügen, denen es gleichfalls oft am nötigsten fehlt. Es ist ja einermachen ersahend, wieviel falsche Urteile über fremde Völker und Verhältnisse man vor dem Kriege und während des Krieges gehört und gelesen hat. Leider waren in der entscheidenden Krisis auch an der Spitze der diplomatischen Kemter in allen beteiligten Staaten Persönlichkeiten tätig, die weder die gegnerischen Länder kannten, noch das gegnerische Personal. Man mühe nur bei der Einrichtung einer Politikerschule um Himmelswillen an das Lehrpult nicht die üblichen Professoren stellen, die mit wenigen Ausnahmen in diesem Kriege viel mehr gesprochen und geschrieben haben, als ihrem Rufe zuträglich war. Ehemalige Diplomaten wären dann, was man auch sonst gegen sie einwenden könnte, noch vorzuziehen, denn wenn sie mitunter nicht viel wissen, so ist ihr Denken wenigstens nicht durch falsches Theoretikerwissen verzerrt. Aber alle Schulen und Akademien der Welt, seien sie national oder international, werden nicht genügen, um den Chauvinismus zu beseitigen und die Journalisten aller Länder zur richtigen Schätzung und Abschätzung anderer Völker und zur gewissenhaften Auffassung des Schreibberufes erziehen.“

Auch wir glauben, daß alle Erziehung der Journalisten und Abgeordneten und selbst der Diplomaten nicht die Uebel beseitigen wird, von denen das „Tageblatt“ spricht. Journalisten, Abgeordnete und Diplomaten sind — so wenig wir den Einfluß unterschätzen wollen, den sie selbst ausüben können — doch nur die Sprachrohre der in den Völkern verteilten Auffassungen und weiter der dahinterstehenden Interessenförmungen. So lange es Kreise gibt, die an den gegenseitigen Mißverständnissen und Gegensätzen zwischen den einzelnen Völkern interessiert sind, wird es auch immer wieder Leute geben, die zur Schürung dieser Gegensätze Unrichtigkeiten und bewußte Lügen über das Ausland verbreiten.

Die Rede des Staatssekretärs Dr. Solf.

Nach einem Bericht des „Frankfurter Kurier“ hat der Staatssekretär Dr. Solf am letzten Montag in der Abteilung Nürnberg-Fürth der Deutschen Kolonialgesellschaft über das Thema: „Die Lehren des Weltkrieges für Deutschlands Kolonialpolitik“ einen Vortrag gehalten. Nachdem Dr. Solf erklärt hatte, daß die Kolonien als Produktions- und Absatzquellen in Betracht kommen, daß Industrie und Landwirtschaft übereiferliche Produkte bedürfen, sagte er: „Unsere Kolonien können allerdings heute noch nicht unsere Landwirtschaft und Industrie voll versorgen; sie liefern bisher nur einen geringen Prozentsatz unserer Einfuhr. Das kann aber besser werden, wenn der Friedensschluß einige Lücken in unserem heutigen Kolonialbesitz ausfüllt. . . Wir müssen unsere Kolonien so konsolidieren, daß unsere Gegner es nicht wagen dürfen, die übrigen von Farbigen zu entblößen. . . Es tauchen Zweifel auf, ob es gelingt, unsere Kolonien wieder zu gewinnen und uns zu erhalten. . . Bisher wurde die Grundlage aller Kolonialreiche in den europäischen Friedensschlüssen geschaffen, und daher werden unsere Armeen und unsere Flotte auch über das Schicksal unserer Kolonien endgültig entscheiden. Ueber die Zukunft unseres Kolonialbesitzes kann man freilich nur Vermutungen aufstellen. . .“

Die Frage: Können wir Kolonialpolitik treiben ohne die Herrschaft über die Meere oder wenigstens ohne die Freiheit der Meere? beantwortet Dr. Solf mit „ja“. Auch andere Staaten besitzen Kolonien trotz der Seeherrschaft Englands. Unsere Kolonien haben erheblichen Widerstand geleistet und ein Teil wurde erst besetzt, nachdem der Krieg schon lange gedauert hatte. „Um so mehr ist uns der Schutz unserer Kolonien in Zukunft möglich, wenn wir die Lehren dieses Krieges beherzigen. Zu diesen Lehren gehört die Erfahrung, daß auch in den tropischen Gebieten die kriegerische Widerstandskraft proportional mit der Größe der zusammenhängenden Fläche wächst, wie wir dabei unsere Grenzen nach unseren Interessen stecken müssen, so werden wir auch hinsichtlich der Kolonien danach trachten müssen, daß sie ein in sich möglichst abgeschlossenes Ganzes bilden, welches konzentrischen Angriffen weniger ausgesetzt ist; auf bessere Befestigung, auf eine straffere Organisation, auf eine fürsorgliche Vorratswirtschaft (auf Vorratung genügender Munition und Lebensmittel), auf die Verbesserung der Verkehrswege in den Kolonien und ihrer Verbindung mit der Heimat müssen wir bedacht sein. . .“ Manches ließe sich zu diesen zweifellos interessanten Ausführungen Dr. Solfs sagen, doch müssen wir es uns im Hinblick auf die bekannten Umstände leider versagen.

Wirtschaftliche Vorbereitungen für den nächsten Krieg.

Ein Sonderausschuß des Deutschen Handelstages beschäftigte sich am 21. Juni mit Fragen der kriegswirtschaftlichen Organisation und gab folgende Erklärung ab:

„Die Kommission erklärt nach den Erfahrungen des jetzigen Krieges eine gründliche Sicherstellung der jederzeitigen wirtschaftlichen Kriegsbereitschaft des Deutschen Reiches für unbedingt erforderlich. Zu diesem Zwecke ist eine selbständige, dem Reichskanzler unmittelbar unterstellte Behörde (Kriegsbereitschaftsamt) einzurichten. Bei Abtrennung eines Reichswirtschaftsamtes vom Reichsamt des Innern könnte auch die Angliederung an dieses neue Amt erwogen werden. Dem Kriegsbereitschaftsamt ist ein Beirat mit maßgebendem Einfluß zur Seite zu stellen, in dem die gesetzlichen Vertretungen von Industrie und Handel und der Deutsche Handelstag als ihre Vereinigung ihrer Bedeutung entsprechend vertreten sein müssen. Außerdem ist schon jetzt eine genügende Beteiligung des deutschen Handels an der Uebereitigung der Kriegs- in Friedenswirtschaft zu fordern.“

Das Krupp-Unternehmen in München.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: König Ludwig empfing in Audienz Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Mitglied des preussischen Herrenhauses, Arthur Krupp, Mitglied des österreichischen Herrenhauses, Dr. Emil Ehrenberger, Heinrich Wielhaber, Professor Dr. Kaufmberger, Dr. Rudolf Hartwich, Mitglieder des Direktoriums der Firma Krupp, Emil Georg Stauff, Direktor der Deutschen Bank, Berlin, Joseph Boehm, Kommerzienrat, Direktor der Bayerischen Vereinsbank, München.

Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach und die Direktoren der Firma Krupp hielten eingehend Vortrag über die Gründung des neuen Münchener Unternehmens. Dessen künftige Gestaltung wurde an Hand von Plänen eingehend erörtert.

Rapp nicht bestätigt.

Wie aus einer in der Königsberger Presse erlassenen Erklärung hervorgeht, ist der vom Reichskanzler angegriffene Generallandwirtschafts-Direktor Rapp vom preussischen Ministerium nicht bestätigt worden. Rapp war Ende März vom Generallandtag der ostpreussischen Landwirtschaft zum Generallandwirtschafts-Direktor (d. h. zum Leiter der landwirtschaftlichen Kreditorganisation) wiedergewählt worden. Die preussische Regierung hat indessen am 20. Juni dieser Wiederwahl die Bestätigung verweigert. Rapp verließ dieses Amt seit zehn Jahren.

Wir halten diese Maßregelung weder für berechtigt, noch für politisch klug.

Zum Prozeß gegen Liebnicht.

Eine Berliner Korrespondenz meldet: Die Verteidigung führt als Offizialverteidiger Rechtsanwalt Grasso, jedoch wird der Bruder des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Theodor Liebnicht, beantragen, ihn als zweiten Verteidiger zuzulassen.

Professor Förster und die Lehrfreiheit.

Der Dekan der philosophischen Fakultät der Universität München teilt mit: Gegenüber Mißverständnissen in einem Teil der Presse sei hierdurch festgestellt, daß die philosophische Fakultät, erste Sektion, in ihrer Erklärung über einen Aufsatz von H. B. Förster nicht die Rechte der akademischen Lehrfreiheit angetastet hat; sie hat vielmehr kundgetan, daß, wenn Herr Professor Förster ähnliche Ansichten, wie sie sein Züricher Artikel enthält, als akademischer Lehrer verbreiten sollte, ihre Mitglieder sich ihrer Lehrfreiheit dazu bedienen werden, diese Ansichten vor ihren Schülern mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Beschlagnahme der Schaffsur.

Wie halbamtlich verlautet, wird demnächst eine neue Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Befandberhebung der deutschen Schaffsur und des Wolleerlöses bei den deutschen Gebereien erlassen werden, die an Stelle der alten Beschlagnahme-Bekanntmachung der deutschen Schaffsur Nr. W. I. 3808/15 RM. treten wird.

Während bisher das Waschen der beschlagnahmten Wolle in einer großen Anzahl von Wäschereien zulässig war, wird nach den neuen Anordnungen die Einfuhrung der Wolle zum Waschen nur noch bei fünf Wollkammereien statthaft sein. — In einzelnen Fällen ist für das Waschen gegebenen Vorschriften die gleichen.

Die Veräußerung der beschlagnahmten Wolle wird allgemein, mit Ausnahme der Veräußerung an Bearbeiter von Wolle, erlaubt sein. — Auch die von der Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft, Berlin SW. 48, verlängerte Hedemannstr. Nr. 3, bezahlten Uebernahmepreise, die auf Höchstpreisen für Wolle und Wollwaren vom 22. Dezember 1914 beruhen, bleiben die gleichen wie bisher. — Jedoch werden die Mengen Wolle, die nicht innerhalb 12 Wochen nach dem Scheren oder Fällen zum Waschen eingeliefert oder nicht innerhalb 10 Wochen nach ihrer Einfuhrung an die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft veräußert sind, enteignet werden. Zu diesem Zweck wird eine Meldepflicht eingeführt.

Die Bekanntmachung wird die Bestimmung enthalten, daß innerhalb der ersten vier Wochen nach ihrem Inkrafttreten alle Mengen von Wolle ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihres Scherens oder Fällens zum Waschen in die in der neuen Bekanntmachung bestimmten Wollkammereien eingeliefert werden dürfen.

Die neuen Poststeuern.

Dem Vernehmen nach wird das Gesetz betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe mit dem 1. August 1916 in Kraft treten. (W. T. B.)

Das Kriegssteuergesetz vom 21. Juni 1916 wird in seinem vollen Wortlaut im „Deutschen Reichsanzeiger“ veröffentlicht.

Verordnung zur Bekämpfung des Kettenhandels.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Verordnung: Der Handel mit Lebens- und Futtermitteln ist vom 1. August 1916 ab nur solchen Personen gestattet, denen eine Erlaubnis zum Betriebe dieses Handels erteilt worden ist.

- Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf 1. den Verkauf selbstgewonnener Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht, der Jagd und Fischerei; 2. Kleinhandelsbetriebe, in denen Lebens- oder Futtermittel nur unmittelbar an Verbraucher abgesetzt werden; 3. Personen, die nach anderen während des Krieges erlassenen Vorschriften bereits eine Erlaubnis zum Handel mit Lebens- oder Futtermitteln erhalten haben, in den Grenzen der erteilten Erlaubnis; 4. Behörden und andere Stellen, denen amtlich die Beschaffung und Verteilung von Lebens- und Futtermitteln übertragen ist, auf letztere in den Grenzen der Uebertragung.

Die Erlaubnis wird auf Antrag erteilt. Sie kann zeitlich, örtlich und sachlich begrenzt werden. Wird sie örtlich unbegrenzt erteilt, so wirkt sie für das Reichsgebiet.

Sie kann versagt werden, wenn Bedenken volkswirtschaftlicher Art oder persönliche oder sonstige Gründe der Erteilung entgegenstehen, oder wenn der Antragsteller vor dem 1. August 1914 mit Lebens- oder Futtermitteln nicht gehandelt hat.

Gegen die Versagung und die Zurücknahme der Erlaubnis sowie gegen die Unterjagung des Handels ist nur Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung.

Zur Erteilung und Entziehung der Erlaubnis sowie zur Unterjagung des Handels sind durch die Landeszentralbehörden besondere Stellen zu errichten, denen Vertreter des Handels angehören müssen. Den Vorsitz hat ein Beamter zu führen. Vor der Bestellung der Vertreter des Handels sollen die amtlichen Handelsvertretungen gehört werden.

Die Landeszentralbehörden bestimmen, welche Behörden zur Entscheidung über die Beschwerde zuständig sind.

Wird die Erlaubnis versagt oder zurückgenommen, oder wird der Handel unterjagt, so hat der Kommunalverband, in dessen Bezirk sich die Hauptniederlassung und in Ermangelung einer inländischen Hauptniederlassung eine Zweigniederlassung befindet, die

Vorräte an Lebensmitteln zu übernehmen und auf Rechnung und Kosten des Händlers zu verwerfen. Ist Beschwerde eingelegt, so ist mit der Übernahme nach Möglichkeit bis zur Entscheidung über die Beschwerde zu warten.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer ohne die erforderliche Erlaubnis entgegen einer erfolgten Unterjagung mit Lebens- oder Futtermitteln Handel treibt.

Auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen finden die Vorschriften keine Anwendung.

Wer den Preis für Lebens- oder Futtermittel durch unlautere Maßnahmen, insbesondere Kettenhandel, steigert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Es ist verboten, in periodischen Druckschriften oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind,

1. ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde des Orts der gewerblichen Niederlassung oder, in Ermangelung einer solchen, des Wohnorts des Anzeigenden sich zum Erwerb von Lebens- oder Futtermitteln zu erlauben oder zur Abgabe von Preisangeboten auf sie aufzufordern; bei Ankündigungen über Erwerb oder Veräußerung von Lebens- oder Futtermitteln oder über die Vermittlung solcher Geschäfte Angaben zu machen, die geeignet sind, einen Irrtum über die geschäftlichen Verhältnisse des Anzeigenden oder die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Vorräte und über den Anlaß oder Zweck des Ankaufs, Verkaufs oder der Vermittlung zu erwecken.

Die Verleger periodisch erscheinender Druckschriften sind verpflichtet, die Unterlagen für die erscheinenden Anzeigen über Lebens- und Futtermittel auf die Dauer von mindestens drei Monaten vom Tage des Erscheinens ab aufzubewahren. Eine Prüfungspflicht dahin, ob die Anzeigen dem Verbot im Absatz 1 zuwiderlaufen, liegt den Verlegern sowie den bei der Herstellung und Verbreitung der Druckschriften tätigen Personen nicht ob. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt.

Die Verordnung tritt mit dem 28. Juni 1916 in Kraft.

Regelung der Fleischversorgung.

Da infolge der geringen gegenwärtig zur Verfügung stehenden Schlachtviehmengen mit einer Befriedigung des dringendsten Fleischbedarfs der Zivilbevölkerung nur dann gerechnet werden kann, wenn die Gemeinden die Verteilung und den Verbrauch des ihnen zugewiesenen Fleischkontingents zweckmäßig organisieren, hat sich die Staatsregierung entschlossen, Verordnungen folgenden Inhalts zu erlassen:

1. Bei der Bewirtschaftung des ihnen gelieferten Schlachtviehes haben die Gemeinden dahin zu wirken, daß eine gleichzeitige Bedienung des Fleischbedarfs der gesamten Bevölkerung erzielt wird. Soweit das durch Schlachtung gewonnene Fleisch und Fett nicht zu Massenpeisungen, Versorgung von Wirtschaften und Kantinen und anderen öffentlichen Speiseanstalten verwendet wird, soll es nur direkt an solche Fleischer gegeben werden, die ausreichende Anlagen zur zweckdienlichen Aufbewahrung des Fleisches, auch in der warmen Jahreszeit, haben. Da eine strenge Überwachung des Geschäftsbetriebes der Fleischer zur Pflicht gemacht wird, muß eine Beschränkung der Anzahl der Verkaufsstellen eintreten. Bei durch den Ladenverkauf entstehenden Inzuchtgefahren muß der Vertrieb in Gemeindegemeinschaften übernommen werden.

Größere Städte haben für gleichmäßige Verteilung der Verkaufsstellen auf die einzelnen Bezirke zu sorgen. Das Kundenanmeldebestimmte bei bestimmten Verkaufsstellen ist einzuführen.

2. Der Verbrauch der Fleischwaren ist bei Gemeinden über 25 000 Einwohner durch Einführung der Fleischkarte zu regeln. Die Regierungspräsidenten können auch Gemeinden bis zu 25 000 Einwohner zur Einführung der Fleischkarte anhalten. Die auf die Karte erhältliche Wochenmenge an Fleisch ist von den Gemeindevorständen im Voraus bekannt zu geben.

3. Der Verbrauchsregelung der Fleischkarte ist das gesamte Fleisch und alle aus Fleisch hergestellten Waren, einschließend der Eingeweide, von Kindern, Säuglingen, Säuglingen und Schweinen, unterworfen. Die Einbeziehung von Wild und Geflügel bleibt vorläufig freigelegt.

Körperlich schwer arbeitenden und kranken Personen können Zusätze gewährt werden. Kindern unter 6 Jahren kann der Rosttag von Fleisch bis zur Hälfte der Durchschnittsmenge herabgesetzt werden.

Im örtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhange stehende Gemeinden haben die Einheitsfleischkarte einzuführen und sich nach Möglichkeit zur Fleischversorgungsvorbänden zusammenzuschließen. Für außerhalb ihres Wohnortes arbeitende Personen sind in Speisewirtschaften, Kantinen usw. Fleischspeisen innerhalb der festgesetzten Verbrauchsmengen bereit zu stellen.

Der Oberpräsident von Potsdam und die Regierungspräsidenten erhalten die Befugnis zur Ausgestaltung der Verbrauchsregelung und der Fleischkarte.

4. Die in den Gemeinden vorhandenen Fleischwaren vorräte, die den Bestimmungen der Reichsfleischstelle nicht unterliegen, oder von dieser freigegeben sind, sind in die Verbrauchsregelung einzubeziehen oder kommunal zu bewirtschaften. Bei Freigabe für den Handel sind die Absatzvorschriften sorgfältig zu überwachen.

5. Die Gemeinden haben möglichst gleichmäßige Höchstpreise für alle vorgenannten Fleischwaren mit Ausnahme der Wärschensonderbraten festzusetzen. Einzelne Fleischwaren können von Höchstpreisen ausgenommen werden.

Die Gemeinden sind anzustreben, den vorkommenden Verordnungen in vollem Umfange nachzukommen, eventuell sollen sie auf § 10 Abs. 3 der Bekanntmachung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 verwiesen werden.

Massenpeisungen in Kantinenbetrieben größerer industrieller Werke, in Volk- und Mittelstandsküchen, wohltätigen Vereinen, eventuell in Gemeindegemeinschaften sind anzustreben, da hierdurch am besten eine vollständige Ausnutzung der Rationierung erfolgt.

Den Gemeinden im Sinne dieses Erlasses werden die Landkreise gleichgestellt, inwieweit sie die Verpflichtungen der Gemeinde aus § 10 der Bekanntmachung über Fleischversorgung vom 27. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 199) übernommen haben. Landkreise mit mehr als 25 000 Einwohnern sind nur auf ausdrückliche Verordnung des Regierungspräsidenten zur Einführung der Fleischkarte verpflichtet.

Die Kartoffelversorgung.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes läßt durch den Amtlichen Nachrichtenendienst für Ernährungsfragen einen Aufruf über die Kartoffelversorgung veröffentlichten. Herr v. Botoeli schreibt: Zur einigermaßen ausreichenden Ernährung ist neben der allgemeinen, für Schwerarbeiter neuerdings erhöhten Rationierung eine Durchschnittsmenge von etwa einem Pfund Kartoffeln auf den Kopf und Tag notwendig. Von Mitte Juni ab geht der Kartoffelverbrauch im Frieden für 8-10 Wochen regelmäßig zurück, denn der Vorrat an alten Kartoffeln ist dann meist ziemlich verbraucht und die neuen Kartoffeln sind dann noch nicht in genügender Menge zu haben. Die Bevölkerung wendet sich im Frieden in dieser kartoffelarmen Zeit mehr zum Verzehren von Hülsenfrüchten, Graupen und Grüns und Teigwaren.

Die Knappheit an alten Kartoffeln ist auch in diesem Jahre eingetreten; da aber auch die genannten Ersatzmittel knapp sind, ist

der Kartoffelbedarf in jetziger Zeit sehr viel höher als im Frieden. Daß die Sicherung reichlicherer Vorräte an alten Kartoffeln für den Juni und Juli in dem zu Ende gehenden Wirtschaftsjahr nicht hat erfolgen können, ist sehr bedauerlich. Für das nächste Jahr wird alles drangefordert werden, um solche Mängel zu vermeiden.

Gleich nach Beginn der Arbeit des Kriegsernährungsamtes sind alle Anordnungen erfolgt, um alle noch vorhandenen Kartoffelbestände reiflos dem menschlichen Verbrauch in den Bezugsbezirken zuzuführen. Durch diese Anordnung sind beträchtliche Kartoffelmengen für Städte und Industriebezirke frei geworden, aber nur in einzelnen Kreisen, die starken Kartoffelbau treiben. Um nichts unversäumt zu lassen, hat das Kriegsernährungsamt neuerdings Kommissionen, bestehend aus einem Offizier und einem Kartoffelsachverständigen in Kreise mit starkem Kartoffelbau geschickt, um dort durch örtliche Revisionen alle noch verfügbaren Kartoffeln für den Verbrauch in den Städten freizumachen. Da nach den bisherigen Proben eine irgendwie erhebliche Zurückhaltung aber nirgends erfolgt zu sein scheint, ist eine große Wirkung von dieser Maßregel, so streng sie auch durchgeführt wird, nicht zu erwarten.

Alle verfügbaren alten Kartoffeln werden von der Reichs-Kartoffelstelle nach einem vom Kriegsernährungsamt genehmigten Plan mit Schnellzügen an die Bezugsorte geschickt. Es ist aber bei der Knappheit an Ware unermesslich, daß dabei Störungen eintreten, die eine zeitweilige Herabsetzung der Kartoffelration an dem einen oder anderen Ort auf unzureichende Mengen notwendig macht. Für diesen Fall hat das Kriegsernährungsamt angeordnet, der Bevölkerung als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln eine vermehrte Ration von Brot zu verabfolgen. Selbstredend bildet dieses Mehl oder Brot nur einen ganz unzureichenden Ersatz für zeitweilig fehlende Kartoffeln, deshalb muß die Beschaffung von Frühkartoffeln mit besonderem Nachdruck betrieben werden. Hier haben die Ereignisse der Reichs-Kartoffelstelle leider nach zwei Richtungen einen unerfreulichen Strich durch die Rechnung gemacht. Holland, das stets auch im Frieden eine große Frühkartoffelproduktion nach Westdeutschland hat, hat diese Ausfuhr, weil sich dort, wie mitgeteilt wird, auch zeitweilig Kartoffelknappheit gezeigt haben soll, vorübergehend gesperrt und das kalte Wetter hat die erwartete Entwicklung der in Deutschland in diesem Jahr in allen dazu geeigneten Gegenden in besonders großem Maße angebauten Frühkartoffeln wieder erwarten aufgehoben. In nicht allzu ferner Zeit wird die Kartoffelnot völlig beseitigt sein. Bis dahin gilt es, sich mit den Verhältnissen, so unerfreulich sie sind, so gut es geht abzufinden und zugleich durch durchgreifende Beschlagsnahme und richtige Verteilung der neuen Kartoffelernte dafür zu sorgen, daß im nächsten Frühjahr eine solche Knappheit unter allen Umständen auch bei Zusammentreffen aller möglichen ungünstigen Zusätze ausgeschlossen ist. Die neue Kartoffelernte steht so gut, daß dieses Ziel bei sorgfamer Vorbereitung aller nötigen Maßregeln unter allen Umständen erreicht werden muß.

Das tägliche Brot.

Informationsreise des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat sich nach dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk begeben, um dort mit den Vertretern der Staats- und Kommunalbehörden, des Handels und der Industrie, der Konsumentenorganisationen und der Presse schwebende Fragen des Ernährungswesens zu besprechen. Da dem Präsidenten daran lag, die Arbeiter in der Beschäftigung selbst zu beobachten und aus ihrer Mitte heraus sich über ihre gegenwärtigen Lebensverhältnisse und Wünsche zu unterrichten, wurden die Anlagen der Gutehoffnungshütte besucht, die Zolobische Fabrik, die Geschloßfabrik, in welcher zahlreiche Frauen miteingestellt sind, die Kochöfen, Stahl- und Wagnere und die Wollfabrikbetriebe, Kleinindustrie, Hauswirtschaftsschule, Ledigenheim besichtigt.

Ein Arbeiterauschuss berichtete dem Präsidenten über Wünsche zur Lebensmittelversorgung, die sich auf Kartoffel- und Fettversorgung und bessere Verteilungsorganisation, vollkommene Anpassung der Löhne an die Lebensmittelpreise bezogen. Die Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes mit der Sonderzuweisung von Getreide, Margarine, Hülsenfrüchten und Brotgetreide für die Arbeiter, insbesondere der Schwerarbeiter wurden dankbar begrüßt und die Verteilung durch die Werke selbst an die Arbeiter zum Teil empfohlen. Am folgenden Tage fanden vormittags die Besprechungen mit den Behörden statt. Der Präsident des R. E. A. gab einen kurzen Überblick über die Aufgaben und Tätigkeit des R. E. A. und die Maßnahmen zur Überwindung der in den nächsten sechs bis acht Wochen bestehenden gewissen Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung. Es soll erzielt werden eine Rationierung des Futters und Fettverbrauchs und sachgemäße Mehlverteilung von Seiten der Einrichtung einer an das R. E. A. angegliederten neuen Stelle, um den Mangel bis in den Winter oder noch länger bestehenden Fettmangel zu lindern, Vorsehung der Mängelstände auf dem Gemüsemarkt, Vereinfachung des sogenannten Beschlagsnahmeverfahrens aus dem Handel, Erzielung eines möglichst frühzeitigen Ausbruchs der Hülsenfrüchte, gegebenenfalls durch Druckprämien, um die Hülsenfrüchte möglichst im August und September zur Verfügung zu haben, enges Zusammenarbeiten der einzelnen Kriegsernährungsämter zwecks Ausgleich der Verteilung. Es wurde hingewiesen auf die Maßnahmen zur Ausschüttung von Lebensmitteln als Ergänzung zur Ernährung für die industrielle Arbeiterbevölkerung, die gegebenenfalls zur Massenpeisung, wo sie zweckmäßig ist, verwendet werden können, die Vereinfachung von Fetten für die Arbeiter unter Tage, von Getreidefleisch und Hülsenfrüchten für die Schwerarbeiter und Arbeiter vor Feuer. Die Ausfuhrverbote, über die sehr oft geklagt wurde, seien, sobald man eine Umlage wie z. B. bei der Mehl- und Kartoffellieferung, demnächst bei der Butterlieferung, vornehme, unumgänglich notwendig, da sonst ein begrenzter Bezirk die ihm aufgebundene Umlage, solange die Ware freizügig ist, nicht erfüllen könne. Andere Ausfuhrverbote, für die eine derartige wirtschaftliche Berechtigung nicht vorliege, sollten aufgehoben werden. Zu diesem Zweck sei eine Erhebung über die bestehenden und aufgehobenen Ausfuhrverbote angeordnet.

In der Sitzung der Pressevertreter wurden die gleichen Gegenstände verhandelt und gebeten, vor der Veröffentlichung nicht auf geklärt Fragen und auf unbedingt sicherer Grundlage ausgebotenen Artikeln, das R. E. A. anzuschreiben, welches durch eine Presseabteilung sofort die notwendigen Auskünfte geben würde. Der Anregung der Presse auf Ansetzung von Presselieferungen, um den Zusammenhang zwischen Presse und R. E. A. aufrechtzuerhalten, sagte der Präsident Erfüllung zu.

Gleichzeitig tagte die Versammlung der Konsumenten, in der diese ihre Wünsche äußerten, die sich besonders richteten auf bessere Verteilungsorganisationen in den Kommunen, um den mitarbeitenden Frauen die Möglichkeit eines schnelleren Einkaufs zu geben, Beteiligung der Werke- und Konsumvereine an der Rationierungsmittelverteilung, und die übrigen oben bereits schon erwähnten Fragen.

Neue Bundesratsbeschlüsse.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Eine Änderung der Bekanntmachung, betreffend Regelung des Verkehrs von aus dem Ausland eingeführten Schmalz (Schweinefleisch) vom 4. März 1916, der Entwurf einer Verordnung gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genussmitteln, der Entwurf einer Verordnung, betreffend Veräußerung von Binnen-schiffen an Nichtreichsangehörige, der Entwurf einer Verordnung, betreffend die Bewertung von Speisereisen und Küchenabfällen, eine Änderung der Bekanntmachung über den Verkehr mit Delikatessen usw. vom 15. Februar 1915 und der Entwurf einer Bekanntmachung über die Kartoffelversorgung.

Neuregelung der Verkaufspreise für holländischen Käse.

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. (Barenabteilung 18, Käse, Berlin W 8, Mohrenstr. 54/55) hat ihren Grundpreis für frischen holländischen Käse (gleichmäßig für Gouda und Edamer), dem Rückgang der holländischen Marktpreise entsprechend, bis auf weiteres wie folgt ermäßigt: Vollfett mindestens 40 Proz. 1,54 M. für das Pfund, dreiviertelfett mindestens 30 Proz. 1,84 M. für das Pfund, halbfett mindestens 20 Proz. 1,22 M. für das Pfund, Spezialorte (sog. Geheimratskäse) 1,74 M. für das Pfund.

Die Grundpreise verstehen sich freifrei Niederlassungsort der Abnehmer der Käseimport-Gesellschaften.

Der den mit der Verteilung der Ware beauftragten Käseimport-Gesellschaften zugesandene Zuschlag ist von 2 M. auf 1 M. für 50 Kilogramm ermäßigt worden. Der Ladenpreis darf daher gemäß den Bedingungen für den Vertrieb mit holländischem und dänischem Käse vom 31. Mai 1916, die Grundpreise der Zentral-Einkaufsgesellschaft nur noch um höchstens 48 Pf. für das Pfund übersteigen. Mit hin ergeben sich als höchstzulässige Ladenpreise die folgenden: vollfett 2 M. für das Pfund, dreiviertelfett 1,80 M. für das Pfund, halbfett 1,68 M. für das Pfund, Spezialorte (Geheimratskäse) 2,20 M. für das Pfund.

Diese Preisermäßigung gilt für alle Käsemengen, die seit dem 11. Juni d. J. von Holland abgehandelt sind.

Die J. E. G. verteidigt zugleich ihre Einfuhrpolitik folgendermaßen: Da in jüngster Zeit von verschiedenen Seiten Angriffe gegen die Organisation des Imports und die Verteilung des eingeführten Käses durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft und die von ihr gebildeten Käseimport-Gesellschaften gerichtet worden sind, sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß durch diese Organisation der Käsepreis nicht, wie vielfach behauptet wird, verteuert, sondern erheblich verbilligt worden ist. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es der J. E. G. im Zusammenwirken mit den holländischen Exporteuren gelungen ist, die durch wilde Konkurrenz der Einkäufer unerhört getriebenen Preise auf einen angemessenen Stand zurückzuführen.

Gegenüber gelegentlich auftauchenden Gerüchten sei noch erwähnt, daß die J. E. G. auf Ablieferung der von dritter Seite eingeführten Käsemengen entsprechend der Bekanntmachung des Reichsanzlers vom 11. März 1916 nach wie vor bestehen wird. Die Gesamtmenge, für die in jeder Woche die Gestattung der freien Einfuhr in den verschiedenen Anträgen von der J. E. G. erbeten wird, übersteigt stets die überhaupt von Holland nach Deutschland ausführbaren Mengen.

Wenn einzelne besonders günstige Angebote, die in letzter Zeit angeblich einer Zahl von deutschen Interessenten aus Holland vorliegen sollen, als Beweis gegen die Zweckmäßigkeit der Einfuhrzentralisierung angeführt werden, so ist daran zu erinnern, daß die angeblich billigeren Preise nur unter der Voraussetzung der seit der Regelung der Einfuhr eingetretenen Preisänderung möglich sind. Bei der Prüfung dieser Angebote, die von der J. E. G. grundsätzlich vorgenommen wird, wenn ausreichende Unterlagen übermittelt werden, hat es sich fast ausnahmslos herausgestellt, daß die geforderten Preise sich in Wirklichkeit nicht unter den Einkaufspreisen der J. E. G. halten.

Zur Schmalzeinfuhr.

Ämlich. Eine Verordnung vom 26. Juni hat durch Änderung des Wortlauts des § 4, Satz 2, der Bekanntmachung, betreffend Regelung des Verkehrs von aus dem Ausland eingeführten Schmalz (Schweinefleisch) bestimmt, daß das Eigentum des Schmalzes mit dem Zeitpunkt auf die Zentraleinkaufsgesellschaft übergeht, in dem die Uebernahmeerklärung dem Veräußerer oder dem Inhaber des Gewahrsams zugeht. Bisher war es erforderlich, daß die Uebernahmeerklärung dem Veräußerer zuging. Zweck Durchbrechung der Zentralisation wurden nun beim Grenzüberange nicht selten fingierte Personen als Empfänger bezeichnet, so daß die Ermittlung des Veräußerers und damit der Eigentumsübergang der Ware an die J. E. G. unmöglich wurde. In Zukunft soll deshalb die Zustellung der Uebernahmeerklärung an den Inhaber des Gewahrsams — d. h. in der Regel an den Frachtführer — genügen.

Belgisches Obst.

Die Zentraleinkaufsgesellschaft wendet sich gegen die Angriffe auf ihre Organisation der Obst- und Gemüseausfuhr aus Belgien. Sie erklärt, es sei nicht wahr, daß ihre Dezentrale Brüssel aus einer Reihe von Herren besteht, die allein ein Recht hätten, Obst und Gemüse aus Belgien nach Deutschland einzuführen, und die dieses Recht mißbrauchen, indem sie Ware in fremde Distrikte oder ins Ausland senden, statt sie an die deutschen Städte abzugeben, die Verkaufspreise und Lagen vorzuschreiben. Es handele sich vielmehr um ein Konsortium von nurmehr 16 deutschen Obst- und Gemüsehändlern, das für den Fall gegründet worden sei, daß die deutschen Städte, denen das belgische Obst und Gemüse stets in erster Linie zur Verfügung gestellt werde, nicht in der Lage wären, die gesamte Menge abzunehmen. — Auch die Behauptung, daß durch die Tätigkeit der Dezentrale große Mengen Bichorien gemüse nach Holland geschickt worden seien statt der deutschen Volksernährung zu dienen, sei aus der Luft gegriffen. Das Bichorien gemüse sei nahezu reiflos nach Deutschland versandt worden. — Von den Treibhaussträuben, die ein Luxusartikel sind, seien allerdings große Quantitäten nach Holland geschickt worden. Diese Maßregel habe die Dezentrale im Auftrage der deutschen Verwaltung in Belgien vorgenommen. Die durch den Versand eines für Deutschland entscheidenden Gemüsmittels nach Holland zu günstigen Bedingungen beschafften holländischen Zahlungsmittel seien zum Erwerb von Sted- und anderen Rüben benutzt worden, die ausnahmslos den deutschen Kommunen zugeführt worden seien.

Höhere Schweinepreise.

Am Tag fordert der Landtagsabgeordnete Dr. Hoese in einem Artikel „Kritische Tage in der Ernährungsfrage“ die Erhöhung der Schweinehöchstpreise. Hoese vertritt seine Forderung mit dem Hinweis auf das Mißverhältnis zwischen Futtermittel- und Viehpreisen zu begründen. Eine Wiedereinstellung Begründung glauben wir uns sparen zu können, da wir wiederholt darauf verwiesen haben, daß das „Mißverhältnis“ durch Ermäßigung der Futtermittelpreise und Erhöhen der Viehpreise für eingeführte Futtermittel aus der Reichsliste auszugleichen wäre. Wir wollen nur feststellen, daß die Agitation auf Herabsetzung der Höchstpreise dieser oder jener landwirtschaftlichen Erzeugnisse trotz der gestiegenen Lebensmittelpreise immer von neuem einsetzt.

Aus Industrie und Handel.

Der französische Außenhandel.

„Temps“ veröffentlicht die amtlichen Zahlen der Handelsstatistik. Danach betrug der Wert der Einfuhr im ersten Vierteljahr 1916 von Nahrungsmitteln 780 600 000 Frank, von notwendigen Industriebedarf 1 258 740 000 Frank, von Fertigfabrikaten 792 416 000 Frank. Der Wert der Einfuhr beträgt also 2 831 765 000 Frank, was gegenüber dem entsprechenden Zeitraum 1915 eine Zunahme von 650 767 000 bedeutet. Dagegen betrug der Wert der Ausfuhr von Nahrungsmitteln im gleichen Zeitraum 141 144 000 Frank, des Industriebedarfes 235 012 000 Frank, der Fertigfabrikate 658 242 000 Frank, der Rohstoffe 72 541 000 Frank. Der Wert der Ausfuhr ist gegenüber dem ersten Vierteljahr des Vorjahres 185 856 000 Frank gestiegen. „Temps“ bemängelt, daß die Einfuhr die Ausfuhr bedeutend übersteige, woraus sich für die Handelsbilanz ein immer ungünstigeres Bild ergebe. Bei einem weiter regelmäßig verlaufenden Verhältnis zwischen den Käufen im Auslande und der Ausfuhr berechnet das Blatt, daß für das laufende Jahr der Wert der Käufe im Auslande fünf Milliarden übersteigen werde. Angesichts der Abhängigkeit des Wechselkurses von dieser Tatsache verlange die Lage ernsthafteste Beachtung.

Aus der Geschichte der Wohnungsnot in Berlin.

Es mehren sich die Sorgen, daß für die Zeit nach Beendigung dieses Krieges eine Wohnungsnot zu erwarten ist. Da der Krieg die Bautätigkeit fast ganz zum Stillstand gebracht hat, muß man in der Tat einen sehr fühlbaren Wohnungsmangel befürchten. Vielleicht ist es nicht überflüssig, daran zu erinnern, wie nach dem Krieg von 1870/71 der Wohnungsmarkt sich gestaltete.

Die Wohnungsnot, die damals über die minderbemittelte Bevölkerung hereinbrach, trat am schlimmsten in Berlin auf. Sie begann hier nicht erst nach Schluß des Krieges, wo mit dem Aufschwung der Industrie eine rasche Steigerung des Zuzuges einsetzte. Eine Wohnungsnot machte sich in Berlin schon in den letzten Jahren vor 1870 immer deutlicher bemerkbar, weil hinter der Zunahme der Bevölkerung die Verringerung der Wohnhäuser zurückblieb. Aber die Entwicklung der schlimmsten Notstände, zu denen es kam, fällt in die Zeit nach dem Krieg.

Schon Anfang 1870 hatte Berlin eine bedenklich geringe Zahl leerstehender Wohnungen, die auf Wohnungsmangel schließlich hinführte. Von über 166 144 Wohnungen einschließlich Läden usw. standen nur 1791 leer, das sind von je 1000 knapp 11, gegenüber den Jahren 1869 und 1868 mit noch 22 und 38 von je 1000. Und schon bei dem Umzug vom April 1870 wurden 350 Familien mit 1004 Personen wohnungslos, so daß bereits damals das Polizeipräsidium amtliche Ermittlungen über den Umfang der ausgebreiteten Wohnungslosigkeit anstellte. Der im Juli 1870 ausbrechende Krieg hielt die Entwicklung nur für kurze Zeit auf. Bis Anfang 1871 mehren sich wieder die Zahl der leerstehenden Wohnungen usw., aber nur auf 2073 von über 166 541, das sind etwas über 12 von je 1000. Selbstverständlich reichte das nicht aus, auf dem Wohnungsmarkt das Angebot zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen. Besonders bei den kleinen Wohnungen blieb das Angebot weit hinter der Nachfrage zurück.

Der Umzug vom April 1871 brachte dann eine Wiederholung und Steigerung des Notstandes, von dem der Aprilumzug des vorhergehenden Jahres einen Vorgeschmack gegeben hatte. Vielen Familien der minderbemittelten Bevölkerung war es unmöglich, eine passende Wohnung zu erschwinglichem Preise zu finden. Hunderte von obdachlos gewordenen Personen mußten einstweilen in dem Obdach des Asylvereins, auch in dem gefährdeten Obdach des Arbeiterhauses und sogar im Gewahrsam des Polizeipräsidiums aufgenommen werden, andere Hunderte kampierten einige Nächte mit ihrem bißchen Hab und Gut auf den für sie geöffneten Holzplätzen. Im Laufe des Jahres 1871 wurde unter dem Einfluß des starken Zuzuges nach Berlin die Wohnungsnot noch fühlbarer. Von Anfang 1871 bis Anfang 1872 mehren sich die Zivildienstleistungen von rund 764 000 um 41 000 auf rund 805 000, um 5 1/2 Prozent, aber die Wohnungen usw. von 166 541 um nur 4462 auf 173 003, um nur 2 1/2 Prozent. Leer standen Anfang 1872 von den 173 003 Wohnungen usw. nur noch 1166, nicht mehr ganz 7 von je 1000.

Während bei dem Wohnungswechsel vom Oktober 1871 die Obdachlosigkeit hinter dem erwarteten Umfang zurückblieb, trat sie zum April 1872 um so schlimmer auf. Wieder mußten viele Familien die Unterkunftsstätten des Asylvereins und des Arbeiterhauses auffuchen, wieder nächtigten viele unter freiem Himmel im Tiergarten, in der Hofenstraße, im Friedrichsbain, auf dem Egerzierplatz an der Schönhauser Allee usw. So manche Familie war froh, wenigstens eine einzelne Stube oder auch nur einen Anteil an einer solchen erwischen zu können. In der Auguststraße soll eine Tischlerwerkstatt, 34 Fuß lang und 14 Fuß breit, nicht weniger als acht Familien beherbergt haben, die sich in den Raum teilten. Noch am 6. April wurden 233 Familien gezählt, denen es nicht gelungen war, eine Wohnung zu finden. Es fehlte unter solchen Verhältnissen nicht an Handlungen der Selbsthilfe, wenn sich Gelegenheit dazu bot. In der Händelstraße stand aufstichlos ein Neubau, der unvollendet geblieben war, weil bei dem Bauherrn das Geld nicht gelangt hatte. Obdachlose Familien besetzten die unterfertigen Räume, ohne nach dem Eigentümer zu fragen, und richteten sich häuslich darin ein. In der Mohrenstraße zogen obdachlose Familien in ein zum Abbruch bestimmtes Gebäude, wobei auch der lichte Hausflur und selbst der Pferdebox als „Wohnung“ willkommen geheißen wurde. Vor dem Kottbusser Tor wuchs auf ungebautem Feld eine von Obdachlosen gefasste Barackenstadt empor, die schon nach wenigen Wochen über 90 Familien beherbergte. Voraden bauten sich die Obdachlosen auch vor dem Landsberger Tor und dem Frankfurter Tor. Am Stralauer Tor mußte eine alte Bille, die zu „Wohnungen“ aufgeteilt wurde, mehreren Familien als Unterschlupf dienen. Durch das „Intelligenzblatt“ bot jemand „gute und billige Wohnungsverhältnisse“ an — und vielleicht war das mehr als nur ein grimmiger Witz.

Mit der Verschärfung des Wohnungsmangels hielt gleichen Schritt die Hinauffrauhung der Wohnungsmieten, die in dieser Zeit den Hauswirten möglich wurde. Die fortschreitende Verelendung der Wohnungen war für viele Familien die eigentliche Ursache, der sie es zu danken hatten, daß sie obdachlos wurden. Wohnungen waren wohl immer noch zu haben, aber freilich keine mehr, die einen für unbedeutende Familien erschwinglichen Preis hatten. Im ersten Viertel des Jahres 1872 mußten von rund 170 000 Familien etwa 49 000 eine Mietsteigerung über sich ergehen lassen, worauf 28 000 eine andere Wohnung suchten, während 23 000 zu dem höheren Preis die alte Wohnung behielten. Der durchschnittliche Mietwert der Wohnungen usw. war Anfang 1870 noch 451 M., Anfang 1871 schon 480 M. und Anfang 1872 gar 514 M. Von 1871 zu 1872 hatten bei einer Gesamtzunahme der Wohnungen usw. von 168 541 auf 173 003 diejenigen zum Mietwert bis 60 M. eine Minderung von 10 179 auf 8224, pro 1000 von 60 auf 49, diejenigen zum Mietwert 91 bis 150 M. eine Minderung von 32 130 auf 28 624, pro 1000 von 191 auf 166. Dagegen hatten die Wohnungen usw. zum Mietwert 151 bis 300 M. eine Minderung von 62 855 auf 66 281, pro 1000 von 373 auf 383, diejenigen zum Mietwert 301 bis 600 M. eine Minderung von 33 111 auf 36 120, pro 1000 von 197 auf 209, und so fort in Minderungen durch alle weiteren Mietstufen. Die Gruppe der geringsten Wohnungsmieten schrumpfte rasch zusammen, weil selbst bei kleinsten und dürftigsten Wohnungen die Hauswirte den Preis maßlos in die Höhe schraubten.

Sehr viele Wohnungen der billigen Mietklassen befanden sich in einem Zustand, der ihre Vermietung geradezu ausschloß. Daraus erklärt es sich, daß hier die Anteilhaber der leerstehenden Wohnungen immer noch höher als in den teureren Mietklassen war. Solche „Wohnungen“ wurden „billig“ angeboten, weil sie auch den bescheidensten Ansprüchen nicht mehr genügten. Zu vermindern ist es nicht, daß diese unwohnlichen Löhner unermietet blieben. Uebrigens dürfte auch heute noch bei nicht wenigen der leerstehenden Wohnungen die Nichtvermietung ihren guten Grund haben.

Die Beziehungen so mancher Hauswirte zu seinen Mietern entwickelten sich damals zu dem, was man als „Hauspacht“ u. m. bezeichnet. Daß die Miete erst nach Ablauf des Monats oder des Vierteljahres bezahlt werden brauchte, wie das bis dahin in Berlin die Regel gewesen war, wurde von nun an zur Ausnahme. Heute klingt es schon fast wie ein Märchen, daß es einmal in Berlin nicht als selbstverständlich galt, Miete im voraus zahlen zu müssen. Birte, die eine minderbemittelte Familie bei reichlichem „Anderjagen“ in ihr Haus hineinnehmen wollte, wurden immer rarer. In einem Mietvertrag befahl ein Paragraf: „Sollte die Gebrauch des Mieters in die Wochen kommen, so ist Mieter verpflichtet, diese Riederkunft von seiner Frau außerhalb der von ihm gemieteten Wohnung abwarten zu lassen.“ Durch Schikanen suchten Hauswirte ihre Mieter vor Vertragsauflösung zu bewahren, um aus Neudemietung einen höheren Preis herauszuschlagen zu können. Von einem Mieter, der ein Grünfruchtgeschäft betrieb, forderte die Hauswirtin dreifache Aufgabe des Geschäfts und Abschaffung seines Handwerks.

Durch die Wohnungsnot wurden der minderbemittelten Bevölkerung nicht nur Geldsorgen und Drangsalierungen aller Art auferlegt. Sie brachte auch schwere Gefahren für die Volksgesundheit, weil sie zu einer weitgehenden Einschränkung des

Wohnungsbedarfs, zu einer bis ins Unerträgliche gesteigerten Zuzammendrängung der Wohnungsbewohner zwang. Um die Miete aufbringen zu können, mußten viele Familien ihre Wohnungen durch Aufnahme von Schlafleuten in einer Weise ausnützen, die uns heute geradezu fabelhaft erscheint. Berichtet wird unter anderem, daß eine Familie von drei Personen in ihrer nur aus Stube, Kammer und Küche bestehenden Wohnung noch Schlafstellen an zwölf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts vermietet hatte. Sicherlich war die Ausbreitung der Epidemien, die damals in Berlin auftraten, und die hohe Zahl von Sterbefällen, die durch sie verursacht wurden, mit aus dem Wohnungsleiden zu erklären.

Was geschah zur Verringerung der Wohnungsnot? Gerübet und geschrieben wurde sehr viel, getan aber wurde nichts von Belang. Eine vom Minister des Innern mit Unterstützung der Wohnungsfrage betraute Kommission fand sogar, daß eine Wohnungsnot „im eigentlichen Sinne des Wortes“ nicht vorhanden sei. Der Magistrat wollte ein der Stadt gehörendes Gelände bei Treptow zu Laustellen unter der Bedingung sofortiger Bebauung auf 30 Jahre verpachten, doch die Stadterordnetenversammlung lehnte das ab. Einfacher war es, zu warten, ob nicht auch ohne solchen Eingriff die Wohnungsnot nachlassen würde. Dafür sorgte schließlich der große Strach, der den industriellen Aufschwung unterbrach und den „Gründerjahren“ ein jähes Ende bereitete. Die arbeitslos gewordenen Massen stüteten aus der Großstadt zurück in die Provinzen, und die in Berlin nun einsetzende Verringerung der leerstehenden Wohnungen änderte den Wohnungsmarkt wiederum für ein paar Jahre zugunsten der Mieter.

Die Wiederkehr von Perioden der Wohnungsnot und der Wohnungssteuerung ist uns nicht erspart geblieben. In bitterer Erinnerung wird vielen noch die Wohnungsnot von 1900 und 1901 sein, wenn auch der durch sie herbeigeführte Notstand nicht dem der Jahre nach 1870 gleichkam. Die Wohnungsnot „im eigentlichen Sinne des Wortes“ — in dem Sinne, den wir meinen — ist ja leider eine ständige Erscheinung. Immer ist die minderbemittelte Bevölkerung genötigt, zur Ermöglichung der Mietaufbringung ihr Wohnungsbedürfnis einzuschränken. Doch nicht die Zeit nach Beendigung dieses Krieges und eine erneute Verschärfung der Wohnungsnot bringt, dafür muß schon jetzt durch wirksame Vorbeugungsmaßnahmen gesorgt werden.

Aus Groß-Berlin.

Fleischverkauf am heutigen Dienstag.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat für die Stadtbezirke Berlin und Neukölln für den heutigen Dienstag Ausnahme von § 1 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 28. Oktober 1915 gewährt und die Verabfolgung von Fleisch, Fleischwaren und Speisen, die ganz oder teilweise aus Fleisch bestehen, an Verbraucher in Läden und offenen Verkaufsstätten an diesem Tage zugelassen. Bezüglich der Gast-, Schank- und Speisewirtschaften verbleibt es bei dem bestehenden Verbot.

Kein Brot auf Brotartenmittelfstücke.

In einem Teil der Bevölkerung ist die Ansicht verbreitet, daß auch diese Woche noch auf das Brotartenmittelfstück Brot abgegeben werden darf. Dies ist indessen ein Irrtum. Das Brotartenmittelfstück darf nicht mehr zum Bezug von Brot verwendet werden. Den Wädern wird auf Brotartenmittelfstücke kein Mehl zugeteilt; sie machen sich außerdem durch Abgabe von Brot gegen Brotartenmittelfstücke strafbar.

Butterabgabe und Kundenverzeichnis.

Der Magistrat gibt bekannt: Bei den von der Butterverorgungsstelle Groß-Berlin vorgenommenen Revisionen hat sich ergeben, daß verschiedene Butterhändler Butter auch an solche Personen abgegeben haben, die nicht in ihre Kundenverzeichnisse eingetragen sind. Die Butterhändler werden darauf hingewiesen, daß, da ein solches Verfahren strafbar ist, die bisher ermittelten Fälle zur Strafverfolgung gebracht werden. Die Butterhändler haben vor jeder Abgabe von Butter festzustellen, ob der Käufer in ihr Kundenverzeichnis eingetragen ist. Sind ihre Kunden so zahlreich, daß sie sie nicht persönlich kennen, so haben sie sich durch Ausgabe von Kontrollmarken, die bei der Entnahme vorzulegen sind, Gewißheit zu verschaffen, daß nur eingetragene Kunden bei ihnen Butter entnehmen. Zur Vermeidung einer wiederholten Entnahme auf Grund derselben Kontrollmarke empfiehlt es sich, bei jeder Abgabe von Butter einen entsprechenden Vermerk in das Kundenverzeichnis einzutragen. Die Butterhändler werden im eigenen Interesse vor der Uebertretung der Verordnungen gewarnt.

Die hohen Obstpreise.

Aus dem Rathaus wird berichtet: Mit Recht ist, als die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vor einigen Tagen Obstpreise für Erdbeeren, Kirschen, reife Stachelbeeren, Himbeeren und großfrüchtige Gabeläpfel festsetzte, von verschiedenen Seiten bemerkt worden, daß diese Preise im Vergleich zu denjenigen früherer Jahre und im Hinblick auf die nicht erheblich gestiegenen Erzeugungskosten sehr ausgiebig bemessen seien. Um so mehr würde es befremden, wenn die obstdarstellenden Kreise entgegen der mit ihnen getroffenen Verständigungen irgend eine Aenderung in der Zukunft eintreten lassen sollten. In solchem Falle würde nichts übrig bleiben, als den Erlaß allgemeiner Maßnahmen zu beantragen, durch welche die Zufuhr und Verteilung des Obstes auf die großen Verbrauchsmittelpunkte einheitlich geregelt wird. Wie wir hören, hat der Magistrat zu Berlin dahingehende Verhandlungen eingeleitet, durch welche es hoffentlich gelingen wird, die Obstpreise und die Obstzufuhr in angemessenen Bahnen zu halten.

Kontrolle der Obst- und Gemüsepreise.

Von vielen Seiten wird über die hohen Obst- und Gemüsepreise in diesem Jahre geklagt und der Wunsch nach Festsetzung von Höchstpreisen geäußert. Es sei dahingestellt, ob beim Obst und Sommergemüse die Festsetzung von Höchstpreisen für das ganze Reich als zweckmäßiges Mittel angesehen werden kann, um den Uebelständen abzuhelfen. Man darf nicht vergessen, daß für viele Gegenden des Reiches eine solche Höchstpreisfestsetzung eine wesentliche Verteuerung bedeuten würde, namentlich für diejenigen Teile, in denen Obst und Gemüse in großem Maßstabe angebaut wird. Dazu kommt, daß die bei der leichten Verderblichkeit dieser Waren begreifliche Neigung der Obst- und Gemüsehändler, die Waren in nächster Nähe abzusetzen und nicht nach den entfernteren großen Städten zu bringen, durch die Festsetzung von Höchstpreisen wesentlich verstärkt wird. Andererseits kann es sehr wohl für gewisse Gegenden des Reiches sowie für einzelne Städte in Frage kommen, ihrerseits Höchstpreise für Sommerobst und Sommergemüse mit Erfolg festzusetzen. Soweit das nicht der Fall ist, dürfte es sich aber empfehlen, daß die Preisprüfungsstellen übermäßigen Preissteigerungen dieser notwendigen Lebensmittel mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Dazu wird eine genaue Uebersicht der Obst- und Gemüsepreise sowie der entsprechenden Geschäfte erforderlich sein, wozu geeignete Kräfte, auch Frauen, wohl leicht zu finden sein werden. Wesentlich erleichtert wird die Kontrolle der Angelegenheit der geforderten

Preise dadurch, daß, wie es z. B. in Groß-Berlin für die wichtigsten Gemüsearten neuerdings in Aussicht genommen ist, die Groß- und Kleinhandelspreise zweimal in der Woche oder öfter in der Tagespresse veröffentlicht werden.

Zu der Festsetzung der Höchstpreise für Werdersches Obst durch die Preisprüfungsstelle wird uns von einem Händler geschrieben:

„Die Höchstpreise sollten am Freitag, den 23. d. Mts., am Tage der Veröffentlichung derselben sofort in Kraft treten. Der Ein- resp. Verkauf bei den Werderschen am Reichstagsufer beginnt um 8 Uhr morgens. Welcher Händler hat denn um diese Zeit schon eine Zeitung gelesen? Kirschen billiger? Jawohl! Jedem Markt teurer als tags vorher! Die Kirschen II. Sorte, welche laut Höchstpreis 0,85 M. kosten sollen, waren im Handumdrehen mit 0,50 M. verkauft, und wer erst um 4 Uhr kaufen wollte, bekam überhaupt nicht.“

Sollten die Werderschen Verkäufer auch nichts von Höchstpreisen getruht haben? Man liest es doch aber, daß die Preisfestsetzung gemeinschaftlich erfolgt ist. Die Händler in ihrer Gesamtheit hatten jedenfalls keine Ahnung von Höchstpreisen. Warum wurden die Höchstpreise nicht auf dem Markt bekanntgegeben? Als die Höchstpreise aus den Zeitungen zu erfahren waren, hatten die Händler den ganzen Tag das Vergnügen, sich von den Käufern die Zeitung unter die Nase halten zu lassen und die Verkäufer lachten sich ins Köstchen. Am zweiten Tag, Sonnabend, sah man an einigen Stellen die Höchstpreise schimmern. Was kosten die Kirschen, Frau...? Zufällig! Laut Höchstpreis soll die 2. Sorte doch nur 35 kosten? Was geh'n uns Eure Höchstpreise an? Wir verkaufen, wie wir wollen! So ungefähr ging es eine halbe Stunde, das Geschäft wollte nicht in Fluß kommen. Die Engros Händler luden nach wie vor ihre Wagen voll, das übrige nach reichenden Absatz an die Ladengeschäfte. Um 1/2 5 Uhr war nichts mehr zu haben und zu Höchstpreisen gab es überhaupt nichts bis auf Kleinigkeiten, die gar nicht in Betracht kommen. Die Straßenhändler haben nichts gekauft, um mit der Polizei wegen der Preise nicht in Konflikt zu geraten. In der Zentralhalle war es ziemlich ebenso. Der Straßenhandel war am Sonnabend zum größten Teil vom Obsthandel ausgeschlossen. Wie sich die Ladengeschäfte der Polizei und den Käufern gegenüber rechtfertigen, ist ihre Sache, sie wollen sich auf die höheren Einkaufspreise berufen, worüber sie die Rechnung bestgen. Jedenfalls kann es so nicht weitergehen, wie es angefangen hat. Der eine zahlt höhere Preise und bekommt Ware, der andere beachtet und bestraft sich auf die Höchstpreise und bekommt nichts. Die Folgen machen sich übrigens schon am Sonnabendnachmittag bemerkbar. Ein Wagen trug die Aufschrift: Holländer Erdbeeren 90 Pf. Bis hier waren die Holländer immer noch billiger als die Werderschen. Nun erscheinen die Höchstpreise und sofort steigen an allen Enden die Preise. Wenn den Höchstpreisen der nötige Nachdruck mit exemplarischen Strafen fehlt, sind eben die Höchstpreise für Obst nur die Krone dessen, was wir bisher bei den anderen Höchstpreisen erlebt haben.

Die neuen Zuckerkarten. Es sind jetzt die neuen Zuckerkarten ausgegeben; aus betriebstechnischen Gründen haben auch alle diejenigen, die am 25. April so viel Zucker hatten, daß ihr Bedarf für einige Wochen oder gar Monate gedeckt ist, die neuen Karten erhalten. Sie sind aber durch die Zentralstelle im Rathaus bereits aufgefördert worden, diese Karten zurückzugeben. Wer am 25. April so viel Zucker hatte, daß die Menge bis ins nächste Jahr reichen muß, hat das Quantum für das nächste Jahr abzuliefern. Auch hierüber werden besondere Aufforderungen ergehen.

Warnung vor übermäßigen Preisen für Salatölsatzmittel.

Die Preisprüfungsstelle Hannover hat Gelegenheit genommen, das laufende Publikum durch die Tageszeitungen auf zweifelhaft und größtenteils übermäßig teure Salatölsatzmittel aufmerksam zu machen und vor deren Ankauf zu übertriebenen Preisen zu warnen, wie folgt:

„Noch immer wird seitens des Publikums darüber Klage geführt, daß eine ganze Anzahl von unbedeutend teuren Salatölsatzmitteln im Handel sei, deren wirklicher Wert in keinem Verhältnis steht zu den geforderten Preisen. Da es sich nach verschiedenen Gutachten des Chemischen Untersuchungsamtes um Erzeugnisse handelt, die allein 98 Proz. Wasser enthalten, so sind die Preise von 1 Mark, 1,50 Mark, ja 2,50 Mark für einen Liter wucherisch zu nennen. Die Preisprüfungsstelle hat bereits vor einiger Zeit durchweg einen Verkaufspreis von 50 Pf. für 1 Liter = etwa 2 Pfund für angemessen erklärt. Es wird darauf hingewiesen, daß gegen eine Ueberschreitung dieses Preises rücksichtslos eingeschritten wird und nicht allein die gerichtliche Verurteilung der Verkäufer wegen Preisüberforderung, sondern auch gegebenenfalls die der Hersteller wegen Betrugs veranlaßt werden wird.“

Es dürfte sich empfehlen, diese Warnung auch anderweit in größerem Umfang zu verbreiten, da nach den Erfahrungen der Preisprüfer der Absatz in Hannover bereits völlig zurückgegangen ist und nunmehr die Rohmaterialien bestrebt sein dürften, das Absatzgebiet ihrer zweifelhaften Fabrikate über die Grenzen der größeren Städte hinaus auf die kleineren Dörfer auszudehnen.

Aus den Armenküchen.

Für die Armenküchen der Stadt Berlin haben Magistrat und Stadterordnetenversammlung nun beschlossen, daß der Betrieb auch im Sommer nicht unterbrochen werden soll. In früheren Jahren hatte man die Armenküchen immer nur in den Wintermonaten von Dezember bis März offen gehalten, und auch im ersten Kriegswinter wurde von dieser Regel nicht abgewichen. Der Winter 1915/16 aber zeigte bald, daß diesmal die Schließung der Armenküchen mit Ende März unmöglich sein würde. Den Anregungen und Maßnahmen der sozialdemokratischen Stadterordneten folgend verlängerte man die Betriebsdauer zunächst bis Mitte Mai, dann bis Ende Juni und nun weiter in den Sommer hinein auf unbestimmte Zeit. Daß diese Maßregel nötig war, wird jedem einleuchten, der sich jetzt die Armenküchen ansieht. Sie haben Ende Juni einen Zulauf, daß man glauben könnte, wir befänden uns mitten im Winter. Uns geht die Klage zu, daß sogar manchmal die zubereiteten Speisen nicht ausreichen, um alle Kostgäste zu befriedigen. Es versteht sich von selber, daß es sich dabei nur um Versehen handeln kann, die allerdings für die davon Betroffenen sehr unangenehm sind. Wenn der Betrieb umsichtig geleitet wird, sollte wohl zu erwarten sein, daß derartige Vorkommnisse nicht vorzukommen. Die Höchstzahl der Speiseportionen, die an einem Tage verlangt werden können, steht im voraus für jede Küche fest. Jeder Arme wird mit den Speisemarken, die ihm seine Armenkommission bewilligt, an eine bestimmte Küche gewiesen. Da ist es nicht schwer, voranzufahren, welche Speisemenge nötig sein wird.

Der Verbandsausschuß des Verbandes Groß-Berlin beschäftigte sich gestern vormittag im wesentlichen mit Verkehrsangelegenheiten, u. a. mit Tarifschwierigkeiten der Groß-Berliner Verkehrs-Gesellschaft, über die der Verbandsdirektor Dr. Steiniger und Stadtrat Alberti-Berlin berichteten. Es handelte sich dabei um die Anträge der Großen Berliner Straßenbahn wegen der bekannten Tarifserhöhungen, die schon einmal mit großer Mehrheit abgelehnt worden sind. Die Große Berliner Straßenbahn und die mit ihr verbundenen Tochtergesellschaften begründen die Anträge auf die

Aus den Gemeinden.

Neuregelung des Fleischbezuges in Neukölln.

Bekanntlich hatte Neukölln den Fleischbezug so geregelt, daß nicht für jede Woche pro Kopf ein bestimmtes Quantum festgesetzt wurde, sondern die einzelnen Haushaltungen wurden der Reihe nach mit Fleisch bedient. Erst wenn alle befriedigt, wurde von neuem in der Reihenfolge angefangen. Im allgemeinen hat sich die Einrichtung gut bewährt, so daß beschlossen wurde, auch bei Einführung der Groß-Berliner Fleischkarte diese Regelung beizubehalten. Die Käufer müssen also neben ihren neuen Fleischkarten die alten Fleischkarten beim Einkauf zur Kontrolle vorlegen. Das Fleisch kann auch ferner nur wie bisher, von dem zugeordneten Schlächter bezogen werden, eine Wahl der Schlächtermeister wurde aus der Erwägung heraus, Bevorzugung alter Kundenschaft zu vermeiden, abgelehnt. Der bisher geübte Kundenauftrag für bestimmte Verkaufstage und Stunden bleibt bestehen. Im Anammlungen zu vermeiden, sollen die Kunden nicht in genauer Reihenfolge bedient werden, sondern so wie sie erscheinen, jedoch nur diejenigen, die auch in der betreffenden Stunde Anrecht auf Fleisch haben. Auch die ehrenamtliche Kontrolle in den einzelnen Schlächterläden soll bestehen bleiben.

Neu ist also bei dem jetzigen System, daß jeder außer seiner alten Haushaltskarte die neue Einzelkarte vorlegen muß und daß ihm in Zukunft keine Ration nicht mehr nach der alten, sondern nach der neuen Karte zugeteilt wird, d. h. er bekommt so viel mal 250 Gramm Fleisch als er Einzelkarten vorlegt.

Kinderveranstaltungen in Schöneberg.

Die Kinderausflüge nach dem Grunewald setzen mit Beginn der großen Schulferien wieder ein. Bis einschließlich 30. Juni sind Namen, Alter und Wohnung der Kinder, auf einem Zettel vermerkt, an den Genossen Bämler, Expedition, Reiningen Straße 9, abzugeben. Nur Kinder im Alter vom dritten bis zum vierzehnten Lebensjahre sind zu melden. Genossinnen, die gewillt sind, als Begleitpersonen tätig zu sein, wollen sich ebenfalls in der Expedition eintragen lassen.

Da die Ausflüge mit erheblichen Unkosten verknüpft sind, so werden alle Freunde dieser Kinderausflüge gebeten, ein Scherlein auf die für diesen Zweck verausgabten Listen zu zeichnen oder an die Genossen Bämler, Eberstraße 70, sowie Bämler, Reiningen Straße 9, einzenden zu wollen.

Kinderveranstaltungen in Neukölln. Morgen, Mittwoch, den 28. Juni, und Mittwoch, den 5. Juli, spielen in Treptow. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr Widenbruchplatz (Eisensteig).

Parteiveranstaltungen.

Sonntag. Die für heute angelegte Mitgliederversammlung kann umstandshalber nicht stattfinden. Der spätere Termin wird noch bekannt gegeben.

Aus aller Welt.

Die erzwungene Milchpreiserhöhung.

Der Rittergutsbesitzer Schlüter in Erlleben bei Erfurt wollte die Lieferung seiner Milch nach der Stadt einstellen, angeblich wegen Leutmangels. Verhandlungen des Magistrats wegen Zurücknahme der Maßregel waren erfolglos. Im Laufe der Woche wurde darauf vom Erfurter Verein für Säuglingsfürsorge — das Rittergut liefert viele Kindermilch! — bekanntgegeben, daß die Erllebener Milch den Erfurter Kunden wohl erhalten bleibt, sie müsse aber gegen von dem genannten Verein verausgabte Ausweislarven an bestimmten Verkaufsstellen abgeholt werden, weil die Milch wegen „Arbeitermangel“ nicht mehr ausgefahren werde. Am Sonnabend veröffentlichte der Erfurter Magistrat dann noch eine Bekanntmachung, wonach der Höchstpreis für den Liter Kindermilch von bisher 40 Pf. auf nunmehr 50 Pf. erhöht wird.

Das ist ein vollkommener Sieg des Rittergutsbesitzers. Er spart an Arbeitskräften für das Ausfahren der Milch und bekommt außerdem noch 10 Pf. für den Liter mehr.

Herr Nord's praktische Friedensliebe.

Einen Reutertelegramm aus Detroit zufolge, hat der friedensfreundlich gesonnene Automobilfabrikant Nord seinen Angestellten mitgeteilt, daß er denjenigen unter ihnen, die zur Zeit von Michigan gehörten und der Einberufung zu den Waffen folgen würden, während ihrer Abwesenheit kein Gehalt zahlen werde. Er werde die Betroffenen später auch nicht wieder in sein Geschäft aufnehmen. — Die Richtigkeit dieser Meldung vorausgesetzt, erscheint uns dieser sanfte Druck eines Unternehmers auf seine Angestellten diesmal ausnahmsweise sympathisch. Herr Nord scheint wirklich ein weicher Kabe zu sein.

Pilz- und Beerenfammeln verboten!

Die berüchtigten Warnungen, die das Einsammeln von Pilzen und Beeren in den Wäldern verbieten, erscheinen auch in diesem Jahre wieder. Wie der „Deutschen Warte“ aus dem Kreis Liebenwerda berichtet wird, erschien in den dortigen Blättern nachstehende Bekanntmachung:

Das Pilz- und Beerenfammeln in den Revieren Lindenau, Zeitau und Dürkersdorf wird hiermit verboten. Lindenau, den 18. Juni 1916. Das kaiserliche Kommando des Reichs- und Forstamts.

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben. Auf der einen Seite private und behördliche Ermahnungen, nichts umkommen zu lassen, und andererseits läßt man die Schätze des Waldes lieber verfaulen, als daß man sie armen Leuten überläßt.

Neue Hafengebauten in Stettin. Die Stadtverordneten in Stettin bewilligten in ihrer letzten Sitzung für die Aufhebung von Gelände im Hafengebiet die Summe von 2.540.000 M. Die Arbeit wird sich auf drei Jahre erstrecken. Auf dem in Betracht kommenden Gelände sollen auch Arbeiterwohnhäuser errichtet werden.

Tarifserhöhungen mit erhöhten Ausgaben und dergleichen mehr. Der Verbandsausfluß überwiegt nach einer Erörterung diese Anträge einem Ausschuss von 18 Mitgliedern, in dem die Stadt Berlin nur mit drei Mitgliedern und die Stadt Schöneberg sogar nur mit einem Mitglied vertreten ist. Unwesentliche Fahrplanänderungen auf den Linien 52, 68, 108, 69, 71, 43, 7, G, L und O sowie die Verlängerung der Linie 24 nach Reinickendorf fanden die Zustimmung des Ausschusses.

Ueber eine Sitzung des Fortunterausschusses und über die Anlage von Freizeitanlagen in Groß-Lichterfelde wurde berichtet. Nach der Zusammenkunft des Ausschusses über die Vorbereitung des Antrages der Großen Berliner Straßenbahn über Tarifserhöhungen erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Beschlüsse zustande kommen, die den Wünschen der Berliner Bevölkerung wenig entsprechen dürften. Außerdem berichtete der Verbandsdirektor Dr. Steiniger und nach ihm der Landrat v. Achenbach über den Beschluß der Verbandversammlung zu der Anstellungspolitik des Fiskus in Dohlem. Danach sind die Unstimmigkeiten, die zwischen dem Verbands- und dem Fiskus in dieser Frage entstanden waren, behoben.

Straßensperrung. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Kommandantenstraße zwischen der Deuth- und der Alten Jakobstraße wird wegen Gleisarbeiten vom 27. Juni d. J. ab auf rund acht Wochen für den Durchgangsverkehr gesperrt. — Die Brückenstraße von Kungelstraße bis Köpenicker Straße wird vom 1. Juli d. J. ab bis auf weiteres für Fußgänger und Omnibusse gesperrt.

Mührei ohne Speck konnte man dieser Tage in Charlottenburg auf dem Bürgersteig sehen. Das ist bei der Eierknappheit sicher eine Seltenheit. Will da am Freitag mittag ein Schuhmann um die Ecke der Bismarck- und Leibnizstraße gehen, der unter der Pelzlinie eine große Tüte mit Eiern krampfhaft festhält, um sie Muttern nach Hause zu tragen. Plötzlich muß die Tüte, die etwa 1/2 Schock Eier enthält, ins Rutschen gekommen sein; sie fällt auf die Erde und die ganze Bescherung lag auf dem Bürgersteig. Der Mann hatte das große Glück gehabt, eine Menge Eier zu erhalten in einer Zeit, wo gewöhnliche Eier nur noch zwei Eier bekommen. Die Freude war nur eine kurze gewesen.

Eine Brandstiftung beschäftigt die Kriminalpolizei. Sonntag nachmittags um 8 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Wohnung des Formers Albert Ziehm im ersten Stock des Vorderhauses Wollenstr. 25 gerufen. Es war niemand zu Hause. Die Tür war nur eingeknickt. Die Einrichtung der beiden Räume, Stube und Küche, war schon stark angebrannt. Man entdeckte 5 Brandherde im Kleiderständer usw. Allem Anscheine nach haben Sonntagnachmittags-Einbrecher das Feuer angelegt, weil sie sich enttäuscht sahen und keine Beute fanden.

Zirkus Krone kommt nach Neukölln und wird direkt am Ringbahnhof Neukölln nur kurze Zeit einzigartige Vorstellungen veranstalten.

Extra-Preise

A. WERTHEIM

Dienstag — Donnerstag

PORZELLAN

Billiges weißes Porzellan

Gezackte Form
Speiseteller tief 22 Pf., flach 20 Pf.
Frühstücksteller ... 12 u. 15 Pf.
Kompotteller ... 12 Pf.
Bratenschüsseln oval, von 28 Pf. bis 1.10
Gemüseschüsseln rund ... 28 Pf.
Kompottschüsseln v. 22 Pf. bis 70 Pf.
Kartoffelnäpfe m. Deckel 65 Pf. 1.25
Tunkeschalen ... 48 65 Pf.
Suppenschüsseln m. Deckel 1.25 1.75
Kaffeekannen ... 28 45 Pf.
Milchtöpfe ... 12 15 25 Pf.
Kuchenteller ... 18 Pf.
Zuckerdosen ... 8 Pf.
Tassen ... 10 15 Pf.

Kaffeegeschirr „Tausendschön“

Volles Rosenmuster mit Gold
Kaffeekannen von . 2.25 bis 3.90
Teekannen ... 3.25 3.90 4.90
Milchtöpfe von ... 60 Pf. bis 1.50
Zuckerdosen ... 95 Pf. 1.80 2.85
Tassen ... 85 95 Pf. 1.35
Kuchenteller ... 1.80 2.45

Kaffeegeschirr „Ilse“

Blumenrand-Muster
Kaffeekannen . 65 Pf. 1.10 1.35
Kuchenteller ... 60 85 Pf.
Milchtöpfe von . 13 Pf. bis 65 Pf.
Teller ... 27 Pf.
Tassen ... 38 Pf.

Porzellan-Tassen

weiß 10 bunt bemalt 18 Pf.

Konservengläser

„Globus“
schmal von 40 bis 70 Pf.
breit von 65 bis 85 Pf.

Einkoch-Apparate

10.75

Geleegläser

9 12 13 Pf.

Saftflaschen

20 27 Pf.

Honiggläser

10 13 Pf. m. Deckel von 13 bis 50 Pf.

Tafelgeschirr mit Goldrand

Gezackte Form
Speiseteller tief, flach ... 35 Pf.
Frühstücksteller ... 20 u. 25 Pf.
Bratenschüsseln oval, von 55 Pf. bis 3.45
Gemüseschüsseln rund 1.50 1.90
Kartoffelnäpfe m. Deckel 2.30 2.80
Salzgefäße ... 35 Pf.
Tunkeschalen ... 95 Pf. bis 1.55
Kompottschüsseln v. 40 Pf. bis 1.45
Suppenschüsseln mit Deckel 5.20
Kaffeekannen von 48 Pf. bis 1.50
Milchtöpfe von . 27 Pf. bis 85 Pf.
Tassen ... 25 Pf.

Tafelservice

Fein dekoriert
Für 6 Pers. Für 12 Pers. Für 12 Pers.
24 M. 46 M. 64 M.

Kaffeesevice

bunt bemalt
Für 6 Pers. 3.40 3.90 5.25 6.90
Für 12 Personen ... 9.75 11.50

Teeservice

für 6 Pers., mit Gold-Muster, 9teilig ... 1.95

Tellersatz

bunt bemalt, 7teilig ... 95 Pf.

GLASWAREN

Neue Preßgarnitur „Brüssel“

Butterdosen ... 33 Pf.
Käseglocken ... 80 Pf.
Kuchenteller ... 80 95 Pf.
Kompottschüsseln von 16 bis 85 Pf.
Kompotteller ... 16 Pf.
Fruchtschalen ... 1.05
Blumenvasen ... 25 38 50 Pf.

Preßgläsern „Olivenmuster“

Butterdosen ... 50 Pf.
Käseglocken ... 60 Pf.
Kuchenteller ... 35 60 80 Pf.
Kompottschüsseln von 6 bis 65 Pf.
Kompotteller ... 7 Pf.
Fruchtschalen ... 95 Pf.
Marmeladendosen ... 25 Pf.

Schleifglas

Bierbecher ... 27 33 Pf.
Wassergläser ... 35 Pf.
Bowlenkannen . 95 Pf. 1.50 2.25
Likörgläser ... 18 Pf.
Likörgläser auf hoh. Stiel 35 75 Pf.
Likörgläser farb. boh. St. 1.30 1.45 1.75
Kompottschüsseln v. 48 Pf. bis 1.25
Kompotteller ... 22 27 Pf.

Trinkgläsern

Schleifen-Kristall
Rotweingläser ... 38 48 Pf.
Weißweingläser ... 40 48 Pf.
Süßweingläser ... 38 Pf.
Likörgläser ... 25 35 Pf.
Bowlenkannen ... 45 60 Pf.
Bierbecher ... 30 55 Pf.
Wasserbecher ... 30 50 Pf.

STEINGUT

Tafelgeschirr „Rosenband“

Speiseteller tief, flach ... 25 Pf.
Dessertteller ... 18 Pf.
Kompotteller ... 16 Pf.
Bratenschüsseln oval von 55 b. 1.50
Kartoffelnäpfe mit Deckel . 1.75
Tunkeschalen ... 95 Pf.
Suppenschüsseln ... 2.40

Teegeschirr „Kätzchen“

Teekannen ... 1.40 1.60
Teetassen ... 38 48 55 Pf.
Krüge mit Deckel . 1.20 1.50 2.30
Krüge ohne Deckel ... 48 60 65 Pf.
Kuchenteller ... 60 Pf.
Zuckerschalen ... 25 Pf.
Geleedosen ... 85 Pf.

Waschgarnituren 5 teilig

2.40 3.60 3.90 4.90

Marmeladendosen Majolika 38 65 Pf.
Kannenuntersetzer Majolika 38 Pf.
Leuchter Majolika ... 45 Pf.
Rheinische Steintöpfe niedrig von 18 Pf. bis 5.25 M.

Rheinische Steintöpfe

von 18 Pf. bis 5.25
Krummeich-Krüge von 80 Pf. bis 1.35
Einkochtopfe mit Glasdeckel von 85 Pf. bis 1 M.
Einkochkrüge ohne Deckel 85 Pf. 1 M.
Küchensatzschüsseln 7 Stück 1.35 1.65

Fische

Schellfische ... Pfund von 85 Pf. an
Kabliau ohne Kopf, in ganz. Fischen, Pfd. 1.20
Rotzungen ... Pfund von 1 M. an
Schollen Pfd. 60 Pf. Koch-Schollen Pfd. 1.25
Makrelen ... Pfund 40 Pf.
Aalquappen ... Pfund 70 Pf.
Knurrhahn Pfd. 70 Pf. Steinbutten Pfd. 1.50
Klippfische ... Pfund 85 Pf.
Lebende Aale zu Tagespreisen.
Lebende Krebse pr. Mandl. 3.50 4.50 5.50
Große Krebse ... per Stück 50 Pf.

LEBENSMITTEL

Dienstag, soweit Vorrat

Kieler Bücklinge 2 Stück 55 Pf.	Ahlbeck. Fludern Pfund von 1.40 an
Neue saure Gurken Stück 30 u. 35 Pf.	Senfgurken Pfund 80 Pf.
Fischwurst zum Warmessen, eignet sich zur Bereitung von Frkandellen, Pichelsteiner, Gulasch, Fischwurst-Salat etc. ... Pfd. 1.90	Bananen ... 2 Stück 35 Pf.
Aprikosen Pfd. 70 Pf., Korb mit ca. 8 Pfund 60 Pf.	

Obst u. Gemüse

Wirsingkohl ... Pfund 28 Pf.
Kohlrabi ... Pfund 13 Pf.
Dicke Bohnen ... Pfund 38 Pf.
Radieschen ... 3 Bund 10 Pf.
Junge Mohrrüben ... Pfund 18 Pf.
Junge Zwiebeln ... 4 Stück 10 Pf.
Gurken ... Pfund 32 Pf.
Salat ... 3 Köpfe 10 und 15 Pf.
Große Tomaten ... Pfund 1.60
Zitronen ... Dutzend 40, 50 und 60 Pf.
Erdbeeren ... Pfund 50 und 75 Pf.

wahrung, daß ein Mißbrauch dieses Rechts ausgeschlossen sei. Der Parteivorstand, der sonst so ängstlich über die Befolgung des Statuts wacht, setzt sich über die klare Statutenbestimmung hinweg, wonach alle Angelegenheiten des „Vorwärts“ nur durch den Parteivorstand und die Preschkommission zu entscheiden sind. Es ist schwer, die Motive für das Vorgehen des Vorstandes zu ergründen. Aber wenn es ihm um die Erhaltung der Einheit der Partei zu tun ist, dann kann er nicht törichter handeln als er es gegen den „Vorwärts“ tut. (Sehr richtig.) — In diesem Konflikt ist dann noch der Fall Meyer hinzugekommen, der mit der Frage der Beitragsperre zusammenhängt. Unser Redaktionskollege Meyer vertritt in dieser Frage einen Standpunkt, den die Redaktion nicht teilt. Wir halten die Beitragsperre für das ungeeignete Mittel, eine Gesundung der Partei herbeizuführen. Aber Genosse Meyer hat das Recht, seine Anschauung außerhalb der Redaktion zu vertreten. Man hat ja nichts dagegen, daß Reich, Kolb, Peus ihre mit den Parteigrundsätzen in Widerspruch stehenden Ansichten in den Organen der Partei zum Ausdruck bringen. Wegen der Mahnung des Genossen Meyer mußten wir Front machen. In diesem Falle hat sich auch die Preschkommission hinter uns gestellt. Als wir nicht erklärten — was der Parteivorstand wohl erwartet hatte — wir gehen mit Meyer hinaus, da wollte der Parteivorstand den Genossen Meyer ohne Kündigung hinauswerfen. Dagegen erklärte sich die Preschkommission. Die statutenmäßig zur Entscheidung dieses Konflikts angerufene Kontrollkommission der Partei fällt ein salomonisches Urteil, bei dem nichts herauskam. Bedauern muß ich, daß ein Berliner Vertreter in der Kontrollkommission die Interessen der Berliner Genossen nicht gewahrt hat. Richard Fischer erklärt, die Preschkommission gehe ihn gar nichts an. Er, als Geschäftsführer der Druckerei, habe im Auftrage des Parteivorstandes, der Eigentümer des Blattes sei, zu verhindern, daß nichts gedruckt werde, was Meyer geschrieben hat. Fischer hat sich unglückliche Rechte angemahnt. Er hat der Redaktion den Auftrag gegeben, keine Beiträge von Meyer aufzunehmen. Dieses Ansinnen hat die Redaktion jedoch energisch abgelehnt.

Den Berliner Genossen ist also durch den Parteivorstand das Verfügungsrecht über ihr Blatt genommen. Es muß nun ein Weg gefunden werden, um das Verhalten des Parteivorstandes unwirksam zu machen. Den Weg zu zeigen ist nicht meine Sache. — Das Vorgehen des Parteivorstandes widerspricht den demokratischen Grundsätzen. Wenn er hartnäckig auf seinem Standpunkt beharrt und sich auf den Buchstaben des Statutes beruft, dann soll er sich nicht wundern, wenn die Berliner Genossen das gleiche tun.

Eichhorn begründete mehrere Resolutionen, welche den Standpunkt der Berliner Genossen in der „Vorwärts“-Angelegenheit vertreten.

Reich führte namens der Mehrheit der Preschkommission aus, daß diese mit der Haltung der Redaktion seit dem Siegesbeginn einverstanden ist und das Vorgehen des Parteivorstandes gegen den „Vorwärts“ mißbilligt.

Rosa Luxemburg: Es genügt nicht, daß wir Resolutionen gegen den Parteivorstand annehmen. Wir müssen prüfen, wie es kommen konnte, daß er seine Politik gegen den Willen der großen Mehrheit der Berliner Parteigenossen führt. Daß er es kann, dazu hat auch die Redaktion beigetragen. Es war eine beschämende Kapitulation der Redaktion, daß sie sich der Bedingung unterwarf, welche das Oberkommando stellte, um das Weitererscheinen Ende September 1914 zu gestatten. Damals hätten wir den uns hingeworfenen Handschuh aufnehmen und den Kampf durchzuführen müssen. Mit der Politik der Langmut und Geduld ist nichts auszurichten. Zum Glück werden die Kreise immer größer, denen der „Vorwärts“ nicht scharf genug ist. Der „Vorwärts“ hat das Aufstreben der Arbeitergemeinschaft viel zu günstig beurteilt. Ueber ihr Aufstreben herrscht in den Kreisen der politisch gescheiterten Arbeiter nicht das Entzücken, dem der „Vorwärts“ Ausdruck gab. Die Arbeitergemeinschaft tritt nicht scharf genug auf und geht nicht weit genug. Der „Vorwärts“ hat nicht konsequent gegen die rechte Seite der Partei Front gemacht. Im Kampf gegen den Parteivorstand hilft die Berufung auf das Statut nichts. Da haben Sie mit einer Macht zu tun, die Recht und Gerechtigkeit unter die Füße tritt. Der Parteivorstand ist nichts als ein Organ der Bourgeoisie im Rahmen der Sozialdemokratie. Das ist nicht mehr der im Statut dargelegene Parteivorstand, dem die Pflichtbeizug zukommen. So war es nicht gemeint, daß der Beitragsanteil abzuführen ist, um die Regierungspolitik zu unterstützen. Nur so ist die Beitragsperre gemeint. Wir betrachten sie nicht als Wundermittel zur Heilung der Parteischäden. Ihr müßt Euch entschließen, mit allen Kräften im Reiche, die ebenso niedergedrückt werden wie Ihr, gemeinsam eine durchgreifende Abwehraktion gegen die Pervertierung der Parteipolitik zu führen. Die Rednerin empfahl eine von ihr, Dr. Meyer, Eberlein, Krasselt und Peter unterzeichnete Resolution, die nach einem Hinweis aus das Vorgehen des Parteivorstandes in Duisburg, im Frankfurter Agitationsbezirk, in Bremen, Berlin sowie auf seine Parteinahme für den abgelehnten Kreisverband von Teltow-Beckow auf den mit der preussischen Landeskommission geplanten Handstreich gegen die Berliner Genossen empfiehlte, mit den von der Gewaltpolitik des Parteivorstandes betroffenen Kreisen in Verbindung zu treten, um über organisatorische Abwehrmaßnahmen zur Rettung der Partei zu beraten.

Die Rednerin schloß: Die Annahme dieser Resolution wird ersichtlich wirken. Sie sagt kein Wort mehr als sich in dieser Stunde schickt. Aber ein Wort weniger wäre ein Vergehen. (Lebhafte Beifall.)

Heydt empfahl die Annahme der Resolution Luxemburg.

Lebehour: Mit der Tendenz der Ausführungen der Genossin Luxemburg, soweit sie sich gegen den Parteivorstand richten und die Gefahr der gegenwärtigen Lage zeigen, bin ich einverstanden, und wie ich glaube, auch alle unsere Freunde. Aber in bezug auf Einzelfragen hat sich die Genossin Luxemburg sehr vergiffen und ist hinsichtlich der praktischen Verwirklichung sehr unglücklich. Aber die Genossin Luxemburg denkt nicht an die unglücklichen Zensurverfahren, über die die Redaktion doch nicht hinauskommt. Der Kernpunkt der Ausführungen der Genossin Luxemburg war die Beitragsperre. Auf diese Mittel verzichteten wir, weil wir den großen Kampf, den wir um grundlegende Fragen führen, nicht verwirren lassen wollen durch kleinliche Rechtsfragen. Durch die Beitragsperre wird ja dem Parteivorstand die erwünschte Gelegenheit gegeben, gegen die Vertreter der ihm nicht genehmen Richtung vorzugehen. Der grundsätzliche Kampf wird durch die Empfehlung der Beitragsperre verpfuscht. Das Mittel wirkt auch nicht, denn der Vorstand ist ja bei Fortführung der Geschäfte gar nicht auf die abgelieferten Beiträge angewiesen. Wenn Sie die Berliner Genossen zu dieser Art des Kampfes drängen wollen, dann muß ich dem entschieden widersprechen. Dem Parteivorstand darf keine Handhabe gegeben werden, um aus der Organisation hinauszuwürgen. Wir müssen den Genossen sagen: Haltet fest zu der Organisation, tretet nicht aus. (Beifall.)

Däumig trat den gegen die Redaktion gerichteten Ausführungen der Genossin Luxemburg entgegen und zeigte unter Anführung von Beispielen, daß unter der Herrschaft der Zensur das, was die Rednerin verlangt, nicht durchgeführt werden kann.

Dr. Meyer: Es ist bekannt, daß es verschiedene Strömungen in der Opposition gibt. Das zeugt gerade von unserer Stärke. Ich kann mich dem anschließen, was die Genossin Luxemburg über die Arbeitergemeinschaft gesagt hat. Wir verlangen, daß die Arbeitergemeinschaft ohne Rücksicht den Unterschied zwischen sich und der alten Fraktion heraushebt. Auch im Parlament soll sie den Kampf gegen die alte Fraktion führen. Das ist notwendig für den Fortschritt unserer Sache.

Barth sprach für die Resolution Luxemburg. Sollte sie abgelehnt werden, dann wird der Parteivorstand sagen: Ihr könnt nur

bessern, aber nicht heizen. Also wollen wir ihn heizen, daß er aufhört und sich nicht zu helfen weiß.

Hugo Haase: Ich stimme der Genossin Luxemburg darin zu, daß auch unsere Reichstagsabgeordneten der Kritik nicht entgehen werden dürfen. Das darf nicht sein, daß das Proletariat so viel Vertrauen zu seinen Führern hat, daß es sagt, alles was Ihr tut, auch die Politik des 4. August, ist richtig. Wir müssen uns immer fragen, ob Handlungen der Führer übereinstimmen mit den Grundsätzen der Partei und ihren Beschlüssen. Darin ist die Genossin Luxemburg anzufechten, daß sie sagt, der Parteivorstand habe sich als Organ der Regierungspolitik erwiesen und sich vor den Wagen des Imperialismus gespannt. Die Absicht des Parteivorstandes war das nicht, aber ich meine, diese Wirkung hat sein Verhalten allerdings gehabt. Mit der Arbeitergemeinschaft ist die Genossin Luxemburg nicht zufrieden. Auch ich bin der Ansicht, daß noch manches an der Arbeitergemeinschaft kritisiert werden könnte. Aber auf den Standpunkt der Genossin Luxemburg kann sich die Arbeitergemeinschaft nicht stellen. Wir stehen auf dem Boden der vor dem 4. August 1914 gefassten Beschlüsse der deutschen Parteitage und der internationalen Kongresse. Damit war ja die Genossin Luxemburg schon vor dem Kriege auch nicht zufrieden. Sie wünscht, daß wir über die Parteitage- und Kongressbeschlüsse hinausgehen. Aber wir bleiben auf diesem Boden. Die Genossin Luxemburg sagt, wir sollen zur Tat schreiten. Aber was ist das? Sie legt uns eine sehr lange Resolution vor, die nicht sehr klar ist und mancher Wichtigkeit kaum gibt und sich in allgemeinen Redensarten ergeht. Was sind organisatorische Maßnahmen gegen den Vorstand? Das kann bedeuten, Maßnahmen im Rahmen unserer Parteiorganisation, es kann aber auch bedeuten, organisatorische Maßnahmen, die nicht auf diesem Boden stehen. So etwas dürfen wir nicht beschließen. Ich bin für die Resolution Eichhorn. Die begnügt sich nicht mit Worten, sondern verlangt Taten im Rahmen des Statuts zur Wahrung der Rechte der Berliner Genossen. Der „Vorwärts“ kann frei werden, wenn sich die Berliner Genossen um ihn scharen, nicht mit Worten, sondern auch, wenn es verlangt wird, mit tatkräftigen Opfern, wie sie vor Jahren gebracht wurden, als unsere Partei noch klein war. — Durch Beitragsperre wird die alte Parteipolitik nicht erreicht. Der Vorstand hat Mittel und Kredit genug, um seine Geschäfte fortzuführen. Der Redner ging auf die Vorgänge nach dem Verbot des „Vorwärts“ ein und führte aus, daß die aus diesem Anlaß von der Genossin Luxemburg gegen die Redaktion erhobenen Vorwürfe unbegründet sind und ein Kampf, wie ihn die Genossin Luxemburg sich dachte, nicht durchführbar war. Wir wollen nicht unsere Kraft verzeiteln durch kleinliche Kritik am „Vorwärts“, sondern anerkennen, was er getan hat und uns hinter die Redaktion stellen. — Diese Versammlung ist eine Tat in der Berliner Parteigeschichte. Was man vor einer Woche noch für möglich hielt, hat man jetzt als unmöglich erkannt und hat es nicht wieder versucht. Auch nicht eine Erklärung des Parteivorstandes ist erfolgt. Das ist ein Symptom, das Beachtung verdient. (Beifall.)

Hierauf wurde ein wiederholter Schlafranzug mit 140 gegen 123 Stimmen angenommen. — Rosa Luxemburg, die als nächste Rednerin eingezeichnet war, kam nicht mehr zum Wort.

Die Resolution der Genossin Luxemburg wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Folgende Resolutionen wurden angenommen:

I.

Die am 25. Juni cr. in den „Germaniasälen“ tagende Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins hält die Gründung der Fraktion „Sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft“ im Interesse der deutschen Arbeiterchaft und des internationalen Proletariats für notwendig und spricht derselben ihr Vertrauen aus. Die Generalversammlung verpflichtet sich, in deren Sinne und zum Zwecke unverbrüchlichen Zusammenhaltens der Partei zu wirken. Krause.

II.

Die Verbandsgeneralversammlung spricht der Redaktion des „Vorwärts“ ihre volle Anerkennung und ihre Billigung für die Bemühungen aus, unter den heutigen schwierigen Verhältnissen die Grundsätze des internationalen Sozialismus hochzuhalten und spricht die Erwartung aus, daß sie auch in Zukunft, unbeeinträchtigt durch alle Hindernisse, diese Grundsätze aufs schärfste und konsequenteste im Organ der Berliner Genossen zum Ausdruck bringt. Eichhorn.

III.

Die Generalversammlung beschließt:

1. Die Prädikatsgenur, die selbst als außergewöhnlicher Staatsakt in Kriegzeiten die entscheidende Verurteilung erfährt, ist nicht nur verwerflich, sondern auch verächtlich, wenn sie von einem Organ der sozialdemokratischen Partei gegen eine Zeitung ausgeht.

Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der „Vorwärts“-Redaktion geht unter allen Umständen als unantastbar, bis sie in schimpflichster Weise von dem gegenwärtigen Parteivorstand unterbunden wurde.

Sie wiederherzustellen ist die dringendste Forderung der Berliner Parteigenossen.

2. Vorwärts-Unternehmen und -Druckerei sind durch unermüdete Arbeit und große Opfer der Berliner Genossen geschaffen worden. Die juristischen Träger dieser Unternehmungen sind lediglich Kreuzbänder der Berliner Genossen auf Grund besonderer Vertrauens, so lange dieses Vertrauens besteht. Sie handeln treulos, wenn sie unter Bruch dieses Treueverhältnisses den Willen der wahren Eigentümer, das ist: der Berliner Genossen, mißachten.

3. Obwohl die Geduld der Berliner Genossen durch die Herausforderung des Parteivorstandes und des Genossen Richard Fischer auf die härteste Probe gestellt worden ist, so wird doch der neugewählte Vorstand von Groß-Berlin aufgefordert, allein oder in Gemeinschaft mit der Preschkommission in Verhandlung mit dem Parteivorstand zu treten, um auf gütlichem Wege die Prädikatsgenur im „Vorwärts“ zu beseitigen und der „Vorwärts“-Redaktion wenigstens das infolge der staatlichen Zensur noch übriggebliebene Maß von Freiheit und Unabhängigkeit zu verschaffen.

4. Sollte die Verhandlung mit dem Parteivorstand nicht zu diesem Ergebnis führen, so werden die Berliner Genossen die Angelegenheiten des „Vorwärts“ ohne Rücksicht auf den Parteivorstand allein regeln, um sich den Einfluß zu sichern, der auch dem kleinste Parteiot auf sein Parteiorgan zusteht. Der neugewählte Vorstand wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der Preschkommission schleunigst alle dazu erforderlichen Schritte zu tun und die Veräußerung durch eine neue Generalversammlung nicht abzuwarten, falls deren Abhaltung verweigert werden sollte.

Die Verantwortung für die schädlichen Folgen, die dieser Schritt für die Partei haben sollte, fällt ausschließlich dem Parteivorstand und dem Genossen Richard Fischer zu. Eichhorn.

IV.

Die Generalversammlung erklärt in Übereinstimmung mit dem einstimmigen Beschluß der Preschkommission, der nicht durch einen Mehrheitsbeschluß der Kontrollkommission aufgehoben ist, die Kündigung und Entlassung des Genossen Meyer aus der „Vorwärts“-Redaktion für unannehmlich und erachtet in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand den Kassierer, das Gehalt des Genossen Meyer aus der

Kasse auszugeben und die ausgezahlten Gehaltsbeträge von den an die Gesamtpartei abzuführenden Beiträgen abzugiechen. Eichhorn.

V. Die Generalversammlung des Verbandes hält die Einheit und Geschlossenheit der Partei für ein notwendiges Erfordernis für den Aufstieg der Arbeiterklasse; sie erklärt aber, daß diese Einheit gegründet sein muß auf die Grundsätze des sozialdemokratischen Programms, auf die altbewährte Taktik der Partei und auf die Beschaffenheit nationaler und internationaler Kongresse.

Die Generalversammlung hält die Politik, die als die Politik des 4. August von der Mehrheit der Reichstagsfraktion betrieben worden ist und noch betrieben wird, mit diesen Grundsätzen und Beschlüssen nicht vereinbar und erhebt Einspruch dagegen, daß diese Politik als die Politik der Partei ausgegeben wird.

Wie die Reichstagsfraktion nur ein Organ der Partei sein kann, das der Gesamtpartei Rechenschaft schuldig ist, so hat auch der Parteivorstand als ausführendes Organ der Gesamtpartei kein Recht, der Partei die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion als die maßgebende Politik der Partei vorzuschreiben.

Die Versammlung gibt ihrer Empörung Ausdruck darüber, daß der Parteivorstand dieses sein Bestreben durchzusetzen sucht durch Anwendung brutaler Gewaltmittel, wie das in Duisburg, Frankfurt a. M., Bremen und in Berlin durch Mahnung unbehaglicher Genossen und durch Einschüchterung der freien Meinungsäußerung der Genossen und der Presse in widertwärtige Erscheinung getreten ist.

Solche Maßnahmen sind geeignet, der Zersplitterung und Zertrümmerung der Partei die Wege zu bahnen.

Die Parteigenossen versprechen, trotz der die Partei in der schwersten Weise schädigenden Maßnahmen des Parteivorstandes die Grundsätze der Partei und ihre altbewährte taktische Taktik hochzuhalten und der Organisation und unserer Presse die Treue zu bewahren.

Sechster Wahlkreis.

Gegen die vorstehenden Resolutionen stimmten nur 3, in manchen Fällen bis 6 Delegierte. Der Vorsitzende Ernst erklärte, daß auch die Genossen am Vorstandstisch (Ernst, Böcke, Fischer, Groger) dagegen stimmten.

Eine von Adolf Hoffmann eingebrachte Sympathieunterstützung für Karl Liebknecht wurde einstimmig angenommen. Nach einer kurzen Begründung durch den Genossen Eichhorn wurde folgende Resolution angenommen, gegen die keiner der Delegierten stimmte. (Gegenprobe fand in diesem Falle nicht statt.)

Die Generalversammlung weist die Annahme der preussischen Landeskommission zurück, die den Parteioptionen Groß-Berlins vorzuschreiben sich herausnimmt, wie sie ihren Vorstand zusammensetzen sollen. Der Beschluß der Landeskommission ist auch ein offener Bruch des Statuts der Landesorganisation für Preußen.

Nach § 8 dieses Statuts hat der heute gewählte Vorstand als geschäftsführender Ausschuss der Landeskommission zu fungieren.

Die Generalversammlung fordert den heute gewählten Vorstand auf, diese Funktion auszuüben und sich von dem Boden des Organisationsstatuts durch jenen organisationswidrigen Beschluß nicht abdrängen zu lassen.

Weiter wurde beschloffen, den neugewählten Kassierer zu den alten Bedingungen anzustellen und der Vorstand ermächtigt, wenn nötig auch den neuen Schriftführer anzustellen, der vorläufig seine Funktion ohne Befehlsausübung ausüben wird.

Barth verlangt eine Erklärung des bisherigen Vorstandes, ob er sich den heutigen Beschlüssen fügt.

Eugen Ernst: Das ist so selbstverständlich wie irgend etwas. Adolf Hoffmann protestiert gegen die beim Geschäftsbericht vom Genossen Ernst gemachte Bemerkung, an den Sonderzusammenkünften könnten Lumpen teilnehmen. Hoffmann betont, er sei nur mit organisierten Parteigenossen zu Besprechungen zusammengekommen. Das seien keine geheimen Zusammenkünfte gewesen.

Ernst: Wenn Hoffmann jeden Teilnehmer seiner Besprechungen kennt, dann trifft meine Bemerkung auf diese Zusammenkünfte natürlich nicht zu. Organisierte Parteigenossen habe ich nicht als Lumpen bezeichnet. Gegen diese Unterstellung protestiere ich.

Hierauf wurde die Versammlung um 6 1/2 Uhr geschlossen.

Jugendbewegung.

Ein Konstrukt von Reichsjugendwehrgesetz.

Die bürgerlichen Sportverbände haben es sich nicht nehmen lassen, für ein Reichsjugendwehrgesetz ebenfalls einen Entwurf auszuarbeiten, der indessen seinen Urhebern, die sich gern als Sachverständige in der Frage der Körperpflege ausspielen, nur ein geistiges Armutszeugnis ausstellt. Nach dem Entwurf soll jeder landflurmpflichtige Deutsche bis zu seinem Eintritt in das Heer oder in die Marine zu regelmäßigen körperlichen Übungen verpflichtet werden; diese Pflicht endet mit der Feststellung der Militärdienstuntauglichkeit. Die Ausbildung soll erfolgen „unter der Oberaufsicht der Landesbehörden durch staatliche oder staatlich anerkannte Jugendpflegeorganisationen, durch den Jungdeutschlandbund oder durch einen dem deutschen Reichsausschuss für olympische Spiele angegliederten Verband, der nach festgelegten Grundsätzen seine Übungen leitet.“ Die Arbeiter-Sportverbände und die proletarische Jugendbewegung werden also im vornherein nicht für würdig befunden, die körperliche Ausbildung der Jugend als Vorbereitung für den Militärdienst betreiben zu können. Der Entwurf führt dann eine Reihe körperlicher Übungen auf, die den Jugendlichen zur Pflicht gemacht werden sollen. Bei der Aufstellung dieses Übungsplanes hat man sich weniger von pädagogischen Rücksichten als vielmehr von dem engherzigen Interessenstandpunkt der einzelnen Sportverbände leiten lassen. Denn von den Jugendlichen wird als Mindestübungen in der Woche folgendes aufgeführt: Reibungsübung mit Märsch, Fußballspiel, Steilball-(Godey)-Spiel (andertalbstündig), dreistündiges Turnen, dreistündige Leichtathletik mit Langlauf, im Winter Walslauf oder Eis- oder Schneeschlittschuh (einstündig), Gymnastik, Dauergehen, Schwimmenübung (dreistündig), Kletterübung oder Wanderruderfahrt, Radfahrübung, Radwanderfahrt, Radsportspiel (andertalbstündig), Ring- und Kampfsportübungen (einstündig).

Die Zeit für die Übungen (14 Stunden in der Woche) soll gleichfalls durch Gesetz geregelt werden: „Frei nachmittag am Wochenschluß und Sonntagvormittag für Jugendliche“ heißt es in dem Entwurf etwas unklar. Ein Wochentagnachmittag würde also jedenfalls für diese Übungen nicht ausreichen, es müßten noch Stunden des Sonntags oder einige Abende der Woche mit hinzugenommen werden.

Diese Vor schläge der bürgerlichen Sportverbände stoßen selbst in den Kreisen der bürgerlichen Jugendpfleger auf heftigen Widerspruch. Die überwiegende Zahl der Leiter bürgerlicher Jugendvereine wünscht keine staatliche Kontrolle über ihre Arbeit, die doch die notwendige Folge der staatlichen Anerkennung und Zuerkennung sein würde. Sie befürchten in der staatlichen Kontrolle mit Recht eine Einschränkung ihrer freiwilligen Jugendarbeit. Wenn die bürgerlichen Sportvereine dagegen eine solche Kontrolle geradezu verlangen, so stellen sie also den durch die staatliche Förderung zu erwartenden materiellen Gewinn über den idealen Erfolg ihrer Arbeit. Von einer besonders hohen Auffassung ihrer Jugendberziehung zeugt diese Forderung gerade nicht.

Für die gesetzliche Regelung der militärischen Jugendvorbereitung dürfte der Entwurf schon seiner technischen Mängel wegen kaum Beachtung finden.

Vertragsarbeiten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch abend. Ein wenig kühler, vorherrschend wolfig mit nebelverwehten, meist geringen Regenschauern; streichweise Gewitter.